FREITAG, 24. OKTOBER 2008 NR. 43 50. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DIE RICHTIGEN MASSNAHMEN TREFFEN

Folgerungen aus der Finanzkrise

Staatliche Milliardenprogramme, Bankenpleiten, faule Kredite, Rezessionsängste – es gäbe schönere Schlagzeilen zu lesen. Die hochriskante Immobilienfinanzierung ist geplatzt und hat sich zur globalen Finanzkrise ausgeweitet. Staaten erklären gewissermassen Kriegsrecht und setzen zumindest vorübergehend die Marktwirtschaft ausser Kraft. Heute gilt es für die Politik, die richtigen Massnahmen zu treffen. Ebenso wichtig ist es, falsche Massnahmen zu verhindern. Fünf Gedanken zum Thema.

1. Der Staat kann nicht wirtschaften

Auch wenn jetzt alle nach dem starken Staat rufen: Jeder Franken, den dieser angeblich starke Staat ausgibt, ist im freien Markt verdient worden. Jeder Franken, den der Staat ausgibt, hat er durch Steuern, Abgaben und Gebühren der arbeitenden Bevölkerung abgenommen. Es ist unpopulär, aber doch zutreffend: Die Privatwirtschaft generiert Wertschöpfung und nicht der Staat. In den letzten dreissig Jahren hat die Schweiz vielleicht zwei- oder dreimal schwarze Zahlen geschrieben. Da stand jeweils kein staatliches Verdienst dahinter, sondern die allgemeine Wirtschaft brummte, und die Steuergelder flossen entsprechend üppig. Zum grossen Überschuss des Bundes 2006 (gut fünf Milliarden Franken) hat ironischerweise die Finanzbranche wesentlich beigetragen. Solange die Banken und Versicherungen florierten und kräftig Steuern zahlten, hat sich nie jemand beschwert. Verfehlt ist es daher, wenn die SP nach Bankenverstaatlichung und Einsitznahme der Politik in Verwaltungsräte von Grossbanken ruft. Dass der Staat nicht Unternehmer spielen soll, belegen die Milliarden-Expo 01, die Swiss, die Cargo, die SBB, das Neat-Debakel oder das VBS mit seinen ineffizienten Betrieben.

2. Schweiz kann Weltwirtschaft nicht lenken

Am besten meisterte der Bundesrat die Krise, solange er geschwiegen hat. In den Wochen vor der Staatsintervention haben vorab die Bundesräte Couchepin, Leuthard und Widmer-Schlumpf die Öffentlichkeit mit Optimismus und Falschaussagen in die Irre geführt. Sie behaupteten, staatliche Massnahmen seien hierzulande nicht nötig, um später genau solche anzukündigen. Diese Schönwetter-Kommunikation untergräbt das Vertrauen in die Regierung,

CHRISTOPH MÖRGELI
NATIONALRAT SVP
STÄFA

so dass die Bevölkerung künftigen Stellungnahmen nicht mehr ohne weiteres glauben wird. Das ordnungspolitisch sinnvolle, ausgewogene Massnahmenpaket zur Stützung unserer Volkswirtschaft trägt die Handschrift der Nationalbank. Die sieben Mitglieder des Bundesrats hatten zuvor wohl kaum eine Ahnung, was eine Zwangswandelanleihe bedeutet. Dass im Bundeshaus irgendwelche fixfertigen Pläne in der Schublade bereitlagen, gehört ins Reich der Märchen. Bundesrat und Finanzverwaltung haben die im Wesentlichen übernommenen Konzepte aus Grossbritannien und den Vereinigten Staaten im Voraus ja gar nicht kennen können. Auch wäre es vermessen zu meinen, die Schweiz könne die globale Wirtschaft gestalten. Sollte in nächster Zeit ein globales Bankinstitut fallieren, wären die Schweizer Massnahmen kaum wirksam. Dabei darf nicht nur die UBS ein Thema sein, sondern es ist auch nach der Zukunft der CS zu fragen. Was hilft es unserem Finanzplatz, wenn nun der einen Schweizer Grossbank Gelder aus der andern zufliessen und die CS damit die UBS kannibalisiert?

3. Die Bankenkommission hat versagt

Erschreckend ist, in welchem Ausmass die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) versagt hat. Es war die Schweizerische Nationalbank, welche die Bankenkommission im Winter 2007 auf die Risiken von UBS und CS im Bereich der minderwertigen Hypotheken und der Liquidität aufmerksam machte. Nun will die Nationalbank auch das Risikomanagement der UBS überwachen. Damit agiert unsere Notenbank anstelle der dafür vorgesehenen Bankenkommission als Kontrollbeziehungsweise Warninstanz, was ernste institutionelle Fragen aufwirft. Der «UBS-Subprime-Bericht» der Bankenkommission wurde im Wesentlichen von der UBS verfasst und ist so nicht akzeptabel. Er nennt die Verantwortlichen nur ungenügend und siedelt sie hauptsächlich auf der unteren Stufe des Risk Management an. Zu fragen wäre aber nach der Verantwortlichkeit von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung. Für die Bankenkommission müssten die Grossbanken UBS und CS Schlüsselgelände darstellen; stattdessen plagte sie mit ihren üppigen finanziellen und personellen Ressourcen private Kleinbanken wie Swissfirst oder Tempus. Ohne jetzt bei der Bankenkommission Remedur zu schaffen, darf sie nicht zur neuen Finanzmarktaufsicht (Finma) aufgeblasen werden.

4. Blochers Aktienrecht gegen Abzocker

Die Millionensaläre der Manager sind stossend und verantwortungslos: Weil sie ein Unternehmen aushöhlen und nur kurzfristigen Zielen dienen. Es ist bezeichnend, dass Unternehmer, die ein Geschäft sowohl besitzen wie führen, sich niemals solche Löhne auszahlen. Statt aber die Situation nur anzuprangern, präsentierte die SVP in der Person von Christoph Blocher eine Lösung. Als damaliger Justizminister hat Blocher eine Reform des Aktienrechts eingeleitet und noch an seiner letzten Bundesratssitzung durchgebracht. Die wichtigste Neuerung: Aktionäre sollen rechtlich gestärkt werden. Damit können die Mauscheleien innerhalb der Verwaltungsräte unterbunden werden. Es kann nicht sein, dass sich Verwaltungsräte und Management gegenseitig Millionen zuhalten, ohne dass sie gegenüber den Eigentümern, also den Aktionären, Rechenschaft ablegen und Transparenz ausweisen müssen. Christoph Blocher stach mit seinem Gesetzesentwurf in ein Wespennest. Am meisten Widerstand leisteten die FDP-nahen Wirtschaftsverbände, wo Manager den Ton angeben.

5. Grossbanken als Klumpenrisiko

Einzig die Marktwirtschaft ist in der Lage, Wohlstand, Eigentum, Wachstum, nachhaltige Arbeitsplätze und privates Glück zu schaffen. Zu den Erfolgsfaktoren der Marktwirtschaft gehört es, dass Firmen auch untergehen können. So gesehen ist es aus marktwirtschaftlicher Sicht äusserst problematisch, wenn Firmen so gross werden, dass sie beim Konkurs ganze Volkswirtschaften in den Niedergang mitreissen würden und deshalb mit Steuergeldern gesichert werden müssen («too big to fail»). Auch müssen sich die Verantwortlichen solcher Unternehmen nicht mehr anstrengen, denn sie stehen gewissermassen ausserhalb des Wettbewerbs. In der Schweiz haben die Grossbanken UBS und CS sowie einzelne Rückversicherer diesen Status erreicht, während ein möglicher Ruin von Unternehmen wie Nestlé, Novartis, Roche usw. zwar äusserst schmerzhaft wäre, aber den Staat nicht zum Handeln zwingen müsste.

Dieses Klumpenrisiko der global tätigen Grossbanken muss durch politische Massnahmen vermieden werden, etwa die Aufteilung in juristisch selbständige Einheiten nach Geschäftsbereichen oder Länderverantwortung. Hier ist die Politik in Zukunft gefordert – im Interesse einer prosperierenden Marktwirtschaft, die allein politische, gesellschaftliche und ökonomische Fehlentwicklungen verhindern kann.

Einladung zum öffentlichen Vortrag

über die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise

Eine Klarstellung von

Christoph Blocher

anschliessend Diskussion

Samstag, 1. November 2008, 10.30 Uhr
Hotel Zürich Marriott, Neumühlequai 42 in Zürich

(Zu Fuss in 10 Minuten ab Hauptbahnhof Zürich gut erreichbar)

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP des Kantons Zürich

PORTAS®
Europas Renovierer Nr. 1
PORTAS Küchen-Renovierung
Renovierung in nur einem Tag!
Sie sparen bares Geld!
Für alle Küchen geeignet!
Neue Fronten nach Mass!

PORTAS - AG Pilotbetrieb • Im Ebnet • 8370 Sirnach
Tel. 071 - 969 36 36
www.portas.ch • info@portas-sirnach.ch

Restaurant Flair
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen
Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger
• Täglich 4 Menus
• Hervorragende Weine
• Aktuell: Salatbuffet Take away
Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr
Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
• Allgemeine Schreinerarbeiten
• Umbau/Renovationen/Bauführungen
• Küchenbau Um- und Neubau
• Geräteaustausch
• Glasreparaturen
• Fenster
• Möbel-Spezialanfertigungen
• Einbruchschutz
• Schliessanlagen
• Türen
• Schränke
• Parkett/Laminat/Teppich/Kork
und vieles mehr ...
Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Ihr Immobilien Makler + Verwalter
Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:
Einfamilienhäuser
Eigentumswohnungen
Bauland
Gerne übernehmen wir auch Ihre
Verwaltung
Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:
Uster 044 997 24 70
Buchs 079 403 62 70
Dietikon 044 744 25 50
Wettingen 056 426 02 64
Wohlen 056 470 13 54
Aarau 062 726 01 40
BENTO IMMOBILIEN AG
Immobilien & Verwaltungen
Projektentwicklungen
www.bento.ch

rahmenatelier kanzlei
Einrahmungen von Bildern und Spiegeln
www.rahmenatelier-kanzlei.ch
Digitaldruck im Grossformat auf Leinwand oder Papier
www.artatprint.ch
Wechselrahmen in grosser Auswahl
www.wechselrahmenshop.ch
Künstlerbedarf über das Internet
www.kunstmalershop.ch
Bespannte und unbespannte Keilrahmen
www.keilrahmen.ch
kunstmalerbedarf und rahmenatelier kanzlei
Kanzleistrasse 111
8004 Zürich
Tel. 044 241 24 11

So viel ist «Nichts»

VON CHRISTOPH MÖRGELI

12 Milliarden Franken Boni im vergangenen Jahr. 7 Milliarden sollen es 2008 werden. Gleichzeitig schreibt die UBS Dutzende Milliarden ab. Der Aktienkurs rasselt innerhalb eines Jahres um 70 Prozent in den Keller (Stand 20. Oktober 2008). Die Quartalsergebnisse sind miserabel. Der Kapitalabfluss immens. Und nun sollen 68 Staatssteuervolksmilliarden die UBS vor dem Bankrott retten. Öffentliche Milliardenpakete – und dazu private Milliardenboni? Das geht nicht.

Wo es einen Systemfehler gibt, muss man das System ändern. So weit kommt auch der «Tages-Anzeiger»-Wirtschaftsredaktor Bruno Schletti. Er fordert die Mitsprache der Aktionäre in der Entschädigungsfrage: «Es hat die Krise gebraucht und Bundesrätin Widmer-Schlumpf, um Bewegung in diese Frage zu bringen. Unter Vorgänger Christoph Blocher tat sich nichts.» (Tages-Anzeiger, 20.10.2008) Lieber Herr Schletti, Frau Widmer-Schlumpf wird nicht eine bessere Bundesrätin, indem Sie Christoph Blocher erniedrigen. Und Sie kein besserer Journalist.

Halten wir uns an die Fakten. Bereits Anfang 2007 präsentierte der damalige Justizminister die Ziele seiner angestossenen Aktienrechtsreform. Wer die Abräumer zügeln will, muss die Eigentümer, also die Aktionäre, stärken. Nicht nur «Mitsprache», Herr Schletti, sondern Mitbestimmung sieht die Revision vor. Und mehr Transparenz. Jeder Verwaltungsrat soll jährlich und einzeln wiedergewählt werden. Bei der Wahl müssen Leistung, Bezüge der letzten Jahre und die unternehmerischen Ziele aufgezeigt werden. Weiter werden das Depot- und das Organstimmrecht abgeschafft. Das heisst, weder Banken noch der Verwaltungsrat können anstelle von Aktionären das Stimmrecht wahrnehmen und verfälschen.

Ziemlich viel, dieses «Nichts», das sich unter «Vorgänger Christoph Blocher» getan hat. Und es gab ziemlich viel Widerstand, wenn man bedenkt, dass es sich um ein blosses «Nichts» handelte. CVP, FDP und Economiesuisse – das Sprachrohr der Abräumer – bekämpften die Revision. Wenn Sie mir nicht glauben, Herr Schletti, dann vielleicht Ihrer Redaktionskollegin Annetta Bundi. Sie schrieb schon im Februar 2007, das neue Aktienrecht gebe den Aktionären «mehr Macht», über die «Leistung und Entschädigungspolitik der Konzernspitze zu befinden». Da wusste Widmer-Schlumpf noch gar nicht, dass es ein neues Aktienrecht gibt.

LEGISLATURPROGRAMM ZUR SOZIAL-, GESUNDHEITS- UND FAMILIENPOLITIK

SVP fordert Massnahmen gegen die explodierenden Sozialausgaben

Die SVP-Fraktion stellte vergangene Woche an einer Pressekonferenz ihre sozialpolitischen Leitlinien vor. Gerade zum Zeitpunkt einer drohenden Rezession und angesichts der heiklen Situation an den Finanzmärkten, dürfte dieses Thema auch in Zukunft im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Für die SVP ist klar, dass um die Zukunft unserer Sozialwerke zu sichern, deren Ausbau gestoppt und der Missbrauch konsequent bekämpft werden muss.

ZB. An ihrer Pressekonferenz vom letzten Freitag im Medienzentrum des Bundeshauses hat die Fraktion der SVP ihre Grundsätze zur Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik in Form eines Legislaturprogramms für die Sozialwerke präsentiert. Seit 1995 nimmt die SVP alle vier Jahre eine solche Standortbestimmung vor. Schwerpunkte des Papiers sind die Forderungen der SVP zur AHV, IV, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung, zur Beruflichen Vorsorge und zur Sozialhilfe.

Masslose Politik der Linken nicht mehr finanzierbar

Die Sozialausgaben der Schweiz sind in den letzten Jahren förmlich explodiert. Während im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken aufgewendet wurden und dieser Wert bis 1990 auf 64,5 Milliarden anstieg, wird heute fast jeder dritte in der Schweiz erwirtschaftete Franken durch die Sozialwerke absorbiert (über 135 Milliarden Franken). Gleichzeitig ist der Missbrauch in diesen Institutionen massiv. Anstatt, dass ausgabenseitige Korrekturen gemacht werden, um die Sozialversicherung effizienter zu machen, blieben viele Fehlanreize bisher bestehen. Diese masslose Politik der linken Gutmenschen hat dazu geführt, dass die Sozialwerke in dieser Form nicht mehr finanzierbar sind. Will man die Sozialwerke erhalten und wieder auf eine wirtschaftliche Basis stellen, so sind unter anderem folgende Massnahmen umgehend einzuleiten: Stopp des steten Ausbaus der Sozialversicherungen, konsequente Bekämpfung des Missbrauchs, Finanzierung nach dem Versicherungsprinzip und periodische Überprüfung der Kostenwirksamkeit und Effizienz. Die Reformen müssen sich an der minimalen sozialen Notwendigkeit orientieren und sämtliche Fehlanreize eliminieren, so dass sich die Arbeit wieder lohnt und die Bezüger den Sinn einer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aufgezeigt erhalten.

Datenschutz darf kein Schutzschild für Missbräuche sein

Die SVP fordert, dass die Sicherung der Sozialwerke im Vordergrund stehen muss und nicht deren unendlicher Ausbau. Zudem soll das System ganzheitlich betrachtet werden, um Doppelspurigkeiten zu verhindern und die bestehenden, berechtigten Leistungen auch in Zukunft zu finanzieren. Nicht zuletzt darf auch der Datenschutz für die Versicherten nicht mehr Schutzschild für den Missbrauch dienen und es gilt vollständige Transparenz über die Sozialhilfebezüger herzustellen. Dazu gehört auch die Information über deren Nationalitäten, da festgestellt werden musste, dass gerade Ausländer in dieser Gruppe überproportional vertreten sind.

Die Grundsätze der SVP zur Sozialpolitik

Basierend auf den allgemeinen Überlegungen in der Bundesverfassung formuliert die SVP ihre Grundsätze für die Sozial- und Gesundheitspolitik bis zum Ende der Legislaturperiode 2007–2011.

1. Eigenverantwortung statt staatliche Abhängigkeit: Die Bürger dürfen von der Politik nicht länger als unmündige Wesen betrachtet, sondern müssen ernst genommen werden. Bürger, welche eigenverantwortlich handeln, rufen erst nach dem Staat, wenn es nicht anders mehr geht.

2. Sicherung statt Ausbau der Sozialwerke: In den nächsten Jahren wird sich das Verhältnis der aktiven Bevölkerung zu den Senioren stark zu Gunsten der Senioren verändern, was die finanzielle Situation in den Sozialwerken verschlechtert. Es gilt das Steuer so herumzureissen, dass das bestehende Sozialsystem auch in der Zukunft finanziert werden kann.

3. Missbrauch und Fehlanreize verhindern: Wer Leistungen beansprucht, muss sich an die Regeln halten. Fehlanreize hin zur Rente müssen unterbunden werden. Ausserdem sind die bestehenden Gesetze konsequent anzuwenden, um das Missbrauchspotenzial zu minimieren. Dies stärkt die Akzeptanz der Sozialwerke.

4. Das Sozialsystem ganzheitlich betrachten: Die Sozialwerke dürfen nicht länger als einzelne Gärtchen betrachtet werden, sondern als Gesamtkonzept. Dies verhindert Doppelspurigkeiten und ermöglicht es, die bestehenden Leistungen ohne Kürzungen auch in Zukunft zu finanzieren.

5. Datenschutz darf Kooperation nicht unterbinden: Der Datenschutz soll den Versicherten vor Amtsmissbrauch schützen, darf er nicht als Vorwand zur Kaschierung des Missbrauchs dienen. Der Datenaustausch unter Amtsträgern zur Erfüllung ihres Auftrages muss möglich sein.

6.Transparenz über die Nationalitäten der Sozialbezüger: Ausländer unter Sozialbezügern häufig stark überproportional vertreten. Nur wer das Problem kennt, kann es einer Lösung zuführen. Daher ist Transparenz zwingend.

7. Finanzierung nach dem Versicherungsprinzip: Sofern Personen dazu in der Lage sind, haben sie im Grundsatz selber für ihre Leistungen aufzukommen. Die Leistungen haben daher bedarfsgerecht zu erfolgen und nicht mit die Giesskanne.

UNGEHEUERLICHE WORTWAHL EINES DEUTSCHEN MINISTERS

Inakzeptable Gewaltandrohung

Die SVP nimmt mit Entsetzen Kenntnis von der Wortwahl des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) anlässlich eines OECD-Ministertreffens vom 21. Oktober in Paris

ZB. Bei seinem Angriff auf die Schweizer Steuerautonomie sagte Steinbrück wörtlich: «Wir müssen nicht nur das Zuckerbrot benutzen, sondern auch die Peitsche.» Diese verbale Gewaltandrohung eines Regierungsmitglieds der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem souveränen, neutralen Kleinstaat Schweiz ist absolut inakzeptabel und ungehörig.

Unabhängigkeit ist zu respektieren

Solche öffentlich geäusserte Peitschenfantasien eines hochgestellten politischen Repräsentanten sind einer erspriesslichen nachbarschaftlichen Zusammenarbeit absolut abträglich. Dies speziell angesichts der Tatsache, dass die Schweiz heute das bevorzugte Auswanderungsland für deutsche Staatsbürger ist und sich bezüglich Arbeitsplätzen, Transitverkehr und Fluglärm gegenüber unserem Nachbarn grösster Solidarität befleissigt. Zudem liegt das Problem keinesfalls bei der Schweiz. Vielmehr müssten sich die gesamten OECD-Staaten und insbesondere Deutschland Gedanken machen über ihre Steuersysteme. Die Zwangsabgaben in diesen Staaten grenzen in der aktuellen Höhe an eine Enteignung der Bürger. Unser grosser Nachbar sollte nun besser seine Hausaufgaben machen und die Steuern im eigenen Land senken. Die Unabhängigkeit der Schweiz ist zu respektieren und unsere finanzpolitischen Grundsätze des Steuerwettbewerbes und des Bankkundengeheimnisses sind keinesfalls aufzuweichen.

> «Kein Nachbar ist angenehmer als die Schweiz, für die es ein Grundsatz ist, ihr Eigentum zu schützen, nichts Fremdes zu erstreben und lieber zu nützen als zu schaden.»
>
> Samuel Freiherr von Pufendorf:
> Die Verfassung des Deutschen Reiches, 1667

Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2008

Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischerStraftaten an Kindern»	**JA**
Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»	**NEIN**
Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»	**NEIN**
Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!»	**JA**
Änderung vom 20. März des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe	**NEIN**

«Schweizerzeit»-Herbsttagung 2008

Samstag, 1. November 2008 - 10.15 bis 16.00 Uhr
im Hotel Hilton, Hohenbühlstr. 10, Zürich Flughafen

Referent:

Dr. Bruno Bandulet

Publizist, Spezialist in Goldfragen,
Bad Kissingen (D)

Die Finanzmarkt-Krise und die Zukunft des Goldes

Am Nachmittag Podiumsgespräch

Teilnehmer:
Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil/ZH,
Luzi Stamm, Nationalrat, Dättwil-Baden/AG

Teilnahmekosten: Fr. 40.- pro Person (ohne Mittagessen)
Fr. 90.- pro Person (mit Mittagessen)

Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 200 beschränkt. Die Berücksichtigung erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Zahlungen für die angemeldeten Teilnehmer.

Sobald Ihre Anmeldung eintrifft, erhalten Sie den Einzahlungsschein für Teilnahmegebühr und Mittagessen sowie eine genaue Beschreibung der Anfahrtsrouten.

Anmeldung

«Schweizerzeit»-Herbsttagung vom 1. November 2008
10.15 bis 16.00 Uhr im Hotel Hilton, Zürich-Flughafen

Name/Vorname: .....

Strasse/Nr: .....

PLZ/Ort: .....

Anzahl Personen mit Mittagessen: .....

Anzahl Personen ohne Mittagessen: .....

Einsenden bis **spätestens 29. Oktober 2008** an:

«Schweizerzeit», Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00 - Fax 052 301 31 03 - E-Mail: baechtold@schweizerzeit.ch

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Viel Lob für die ZKB!

Der Kantonsrat hat am Montag die erfolgreiche Rechnung und den Jahresbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2007 genehmigt. Zudem hat er ein SVP-Postulat betreffend der Überarbeitung der HarmoS-Bestimmungen für dringlich erklärt und drei Postulate abgeschrieben.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Der Kantonsrat hat über die Rechnung und den Jahresbericht der Zürcher Kantonalbank (ZKB) zu befinden. Da die ZKB im Jahr 2007 mit der Sulzer-Affäre einiges aufzuarbeiten hatte, wurde das Geschäft vom Frühling auf den Herbst verschoben. In der Zwischenzeit konnte die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) Entwarnung geben. Es sind keine aufsichtsrechtlichen Massnahmen gegen Personen der heutigen ZKB-Führung geplant, schrieb die EBK. Die ZKB hat im Geschäftsjahr 2007 einen Bruttogewinn von 956 Millionen Franken erwirtschaftet. Der Konzerngewinn lag bei 843 Millionen. Dies ist das zweitbeste Resultat in der Geschichte der ZKB. Die Bilanzsumme überschritt mit 103,2 Milliarden Franken erstmals die 100 Milliarden Marke. Das gute Geschäftsergebnis und die soliden Eigenmittel kommen der öffentlichen Hand zugute. Die Gewinnausschüttung beträgt 400 Millionen Franken. Dies wird wie folgt verteilt: Für die 171 Gemeinden im Kanton Zürich sind 115 Millionen Franken bereitgestellt und für den Kanton gibt es 230 Millionen Franken Gewinnausschüttung und 55 Millionen für das zur Verfügung gestellte Gesellschaftskapital. Pro Einwohner erhält somit jede Gemeinde 90 Franken. **Walter Müller** (SVP, Pfungen) betonte im Rat, dass sowohl Geld und Personal bei der ZKB sehr gut arbeiten und die SVP Fraktion positiv zu Kenntnis nehme, dass aus dem Fall Sulzer die nötigen Lehren gezogen wurden. Auch der Verkauf von Cashgate sei eine gute Entscheidung gewesen, denn es könne nicht Aufgabe des Staates sein, Kleinkredite für Möbel usw. anzubieten. Die ZKB kann auch bei der Nachwuchsförderung mithalten. So werden 326 Lehrstellen angeboten und beeindruckende 91 Prozent der erfolgreichen LAP-Absolventen bleiben bei der «nahen Bank». Bankratspräsident **Urs Oberholzer** (SVP) freute sich über das Lob aus dem Rat. Es sei schon speziell, bei der aktuellen Situation auf den Finanzmärkten über das erfolgreiche Jahr 2007 zu sprechen. **Urs Oberholzer** versprach, die ZKB werde die Staatsgarantie nicht benutzen, um höhere Risiken einzugehen. Auch die ZKB sei von den aktuellen Geschehnissen an den Märkten betroffen. Jedoch seien die Auswirkungen überschaubar. Viele Bankkunden würden momentan zur ZKB wechseln. Der Neugeldzufluss beträgt 8,5 Milliarden Franken. Dieses Geld habe die Bank aus Sicherheitsgründen bei der Nationalbank parkiert, ergänzt **Urs Oberholzer**. Der Rat stimmte dem Jahresbericht und der Jahresrechnung 2007 ohne Gegenstimmen zu.

HarmoS

Mit einem Dringlichkeitsantrag auf ein Postulat von **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen), **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) und Stefan Dollenmeier (EDU) wird von der Regierung verlangt, dass sich die Zürcher Bildungsdirektion in der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren dafür einsetzt, dass die heute vorliegenden HarmoS-Bestimmungen zurückgezogen und dergestalt überarbeitet werden, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit im Kanton Luzern Rechnung tragen. Dies, da der Kanton Luzern den heute vorliegenden Bestimmungen des HarmoS-Konkordats nicht beitritt (kantonale Volksabstimmung vom 28. September 2008). **Matthias Hauser** begründete die Dringlichkeit mit der kommenden Volksabstimmung im Kanton Zürich vom 30. November, bei der über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat entschieden wird. Es sei wichtig zu wissen, ob die HarmoS-Bestimmungen in der vorliegenden Form langfristig Gültigkeit haben oder ob sie so verändert werden, dass davon abweichenden Bedürfnissen grosser Kantone Rechnung getragen werden könne. **Samuel Ramseyer** stellte nüchtern fest, dass mit HarmoS die Kompetenzen schleichend vom Parlament zur Regierung verschoben werden. Und auch der Nationalrat werde mit dem Abschluss von interkantonalen Verträgen ausgehebelt. Für die Dringlichkeit waren 60 Stimmen notwenig, 61 Stimmten der Dringlichkeit zu! (siehe Kommentar)

Mobilfunkantennen

Ein Postulat aus dem Jahre 2005 verlangt, dass der Regierungsrat in Zukunft vermehrt (unangemeldete) Nachkontrollen bei neu bewilligten und nachgerüsteten Mobilfunkantennen veranlasst. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) erläuterte, dass im Kanton Zürich 1800 Mobilfunkantennen in Betrieb seien und jedes Jahr 100 neue Antennen dazu kämen. Trotz intensiver Forschung könnten keine Ergebnisse über gesundheitliche Schäden nachgewiesen werden. Regierungsrat **Markus Kägi** informierte, dass im Kanton Zürich im Jahr 2007 453 Abnahmemessungen und stichprobenartige Kontrollen bei Mobilfunkantennen durchgeführt wurden. Bei 22 Abnahmemessungen seien Grenzwertüberschreitungen festgestellt worden. Diese wurden jeweils durch die Betreiber mittels Anpassung der gesendeten Leistung sofort korrigiert. Bei den Stichproben wurden keine Grenzwertverletzungen festgestellt, vereinzelt kamen technische Unstimmigkeiten in der Datenlage zum Vorschein, die jeweils sofort korrigiert werden konnten. Aufgrund dieser Ergebnisse ist davon auszugehen, dass die installierten QS-Systeme bei den Betreibern zuverlässig funktionieren und die Mobilfunkanlagen im Kanton Zürich vorschriftsgemäss betrieben werden. Das Postulat wurde abgeschrieben.

Borkenkäferbekämpfung

Ein Postulat von der Ratslinken forderte, dass der Regierungsrat Sofortmassnahmen zur Unterstützung der Borkenkäferbekämpfung im Zürcher Privatwald einleitet und den Gemeinden Beiträge zusichert, damit insbesondere der Käferbefall im Privatwald durch die Revierförster kontrolliert und Bekämpfungsmassnahmen eingeleitet werden können. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) machte darauf aufmerksam, dass das Problem mit dem Borkenkäfer schon seit dem Jahre 1780 bestehe. Der Schädling kann sich explosionsartig vermehren. Waldeigentümer haben Anspruch auf unentgeltliche Beratung durch die Förster. **Hanspeter Haug** (SVP, Weiningen) meinte, dass es wichtig ist, dass diese Botschaft auch die Waldeigentümer erreicht. Glücklicherweise kam es nicht zu den befürchteten Schadensereignissen durch den Borkenkäfer. Dieser Umstand ist den ausserordentlichen Witterungsverhältnissen zuzuschreiben. Das Postulat wurde abgeschrieben.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

HarmoS: Kantonsrat will Luzern unterjochen!

Für Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage. Dieser Satz gilt auch für HarmoS

MATTHIAS HAUSER
KANTONSRAT SVP
HÜNTWANGEN

Jeder, der die HarmoS-Vereinbarung kritisch studiert, erkennt, dass dieses Harmonisierungs-Wundermittel mehr als nur Harmonisierung bewirkt und schlimme Nebenwirkungen hat. Beispiele:

A. Unsere Bildungsdirektorin wird die einzige Kantonsbürgerin, die über den Lehrplan und die Lehrmittel, über neue Zeugnisse (Portfolios) und über Bildungsstandards rechtlich verbindlich abstimmen kann. Die Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, deren umfangreiche Bürokratie nicht einmal wie sonst jede öffentliche Verwaltung einer parlamentarischen Oberaufsicht unterliegt, schanzt sich mit HarmoS diese Kompetenzen zu. Da wir noch wenig Konkretes über Bildungsstandards, Lernziele, Lehrplan und Portfolios wissen, kaufen wir die Katz im Sack.

B. HarmoS schreibt – ohne dass dies laut Bildungsartikel der Bundesverfassung notwendig wäre – Angebots-Obligatorien wie Tagesstrukturen, Blockzeiten und die Unterstützung von Kurse in heimatlicher (= ausländischer) Sprache und Kultur in interkantonales Recht und zwingt die Kantone zum Nachvollzug. Diese Dinge werden de facto der eigenen Gesetzgebung entrissen. Demokratielähmung als Nebenwirkung.

C. Nicht nur Leistungsziele, sondern auch Bedingungen für die Umsetzung im Unterricht kann die EDK den Kantonen verordnen. Über die (auch strukturelle) Ausgestaltung der Schulstufen bestimmt somit künftig die EDK. Damit wird zum Beispiel die Kompetenz für die Reform der Oberstufe, mit viel Getöse vom Bildungsrat angezettelt, der EDK übertragen, falls sie den Ball aufnimmt. Oder gehen Standards für die Umsetzung im Unterricht gar soweit, dass dadurch die Methodenfreiheit der Lehrpersonen aufgehoben wird? Drohen Gleichschaltung und Indoktrination, statt Vielfalt in den Schulzimmern? Auch wenn dies heute nicht Absicht ist, verhindern liesse es sich mit HarmoS nicht mehr.

D. Faktisch wird mit HarmoS der Kindergarten abgeschafft.

E. Warum nicht liberaler harmonisieren? Wenn in der ganzen Schweiz alle Eltern über die Einschulung ihrer Kinder im vierten oder fünften Lebensjahr selber entscheiden könnten, hätten sie in allen Kantonen die gleichen Bedingungen und mehr Verantwortung. Mit HarmoS geht zwingend nach den Sommerferien in die Schule, wer bis Mitte Sommerferien den vierten Geburtstag feiert. Ausnahmen werden zu Fällen der Sonderpädagogik: Ein EDK-Kokordat dazu wartet seit Oktober 2007 auf die Ratifizierung durch die Kantone.

Die SVP hat wegen diesen Risiken und Nebenwirkungen gegen HarmoS das Behördenreferendum ergriffen, nur deshalb wird am 30. November überhaupt abgestimmt. Andere Parteien wollten das Konkordat am Volk vorbeischmuggeln, denn das Volk liest die Packungsbeilage. Jedenfalls die Luzerner: Sie haben HarmoS an der Urne eine wuchtige Abfuhr erteilt.

Das Konkordat kann somit nur noch harmonisieren, indem der Kanton Luzern gezwungen wird. Dazu braucht es 18 Kantone, genau darauf hofft die EDK (inklusive Luzerner Bildungsdirektor) und wie sich am Montag zeigte, auch die Zürcher Kantonsratsmehrheit.

Nicht aber die SVP. Vollzählig waren wir und die EDU im Ratssaal anwesend und konnten so mit 61 Stimmen unser Postulat für dringlich erklären, das die Bildungsdirektorin Regine Aeppli auffordert, sich in der EDK für eine Überarbeitung von HarmoS einzusetzen und die heutige Vorlage zurückzuziehen. So, dass auch der Kanton Luzern wieder an Bord kommt und ohne Risiken und Nebenwirkungen. Wir beweisen damit, dass wir nicht gegen jede Harmonisierung, sondern für eine bessere Vorlage sind.

Die Regierung muss bis am 20. November antworten. Sie muss zeigen, ob sie HarmoS verbessern oder andere Kantone kaltschnäuzig unterjochen will. Die Bündner, Thurgauer und St. Galler, von Natur aus eigenständige und widerstandsfähige Gattungen, stimmen ebenfalls am 30. November über HarmoS ab und dürften sich für die Haltung der Zürcher Regierung ihnen gegenüber interessieren. Auf alle Fälle gilt: Am 30. November müssen wir in Zürich ein Nein in die Urne legen!

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

- … den Jahresbericht und die Rechnung 2007 der ZKB einstimmig zugestimmt. ☺
- … ein Postulat betreffend Überarbeitung der HarmoS-Bestimmungen für dringlich erklärt. ☺
- … ein Postulat betreffend Wegleitung zur Regelung des Parkplatzbedarfs in kommunalen Erlassen abgeschrieben. ☺
- … ein Postulat betreffend Nachkontrollen der Mobilfunkantennen abgeschrieben. ☺
- … ein Postulat betreffend Sofortmassnahmen der Borkenkäferbekämpfung abgeschrieben. ☺

21.10.08

VERBANDSBESCHWERDERECHT

Wirtschaftsfeindliches Vorgehen des VCS in Dürnten

Am 30. November haben die Stimmbürger die Möglichkeit, über die Verbandsbeschwerdeinitiative abzustimmen. Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie der VCS mit dem Missbrauch des Verbandsbeschwerderechts Bauvorhaben blockiert und Arbeitsplätze gefährdet.

RUEDI MENZI
KANTONSRAT SVP
RÜTI

Der Familienbetrieb Gartencenter Meier in Tann-Dürnten, ein Unternehmen, das seit 114 Jahren über Generationen im Dorf verwurzelt ist und das Geschäft immer am selben Standort betreibt, muss seinen Standort wechseln.

Bessere Verkehrssituation durch Umzug

Früher lag die Unternehmung am Dorfrand, heute, trotz gleichem Standort, mitten im Dorf. Die Platznot ist gross und die Verkehrsverhältnisse unbefriedigend, um nicht zu sagen katastrophal. Aus diesen Gründen verlegt der grösste Arbeitsgeber der Gemeinde Dürnten das Unternehmen an den Dorfrand, auch um den Kunden und Anwohnern eine bessere Verkehrssituation zu bieten. So wird das bisher betroffene Quartier vom Verkehr entlastet.

Für die 140 Angestellten werden sich am neuen Standort die Arbeitsbedingungen verbessern, da die Betriebsabläufe optimiert werden können. Die Verkehrserschliessung ist optimal, da sich der neue Standort bei der Autobahnausfahrt Dürnten befindet. Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist mit dem Linienbus gewährleistet, der in einer halbstündlichen Frequenz verkehrt. Der VCS reichte im August Rekurs gegen das Bauprojekt ein. Er begründet die Einsprache unter anderem mit der unvollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung. Zudem sei der Neubau nicht genügend mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. Der halbstündliche Busbetrieb genügt laut VCS nicht, er verlangt gar einen Viertelstundentakt.

Ohne gesunden Menschenverstand

Zankapfel sind zudem die 366 Parkplätze, die von der Gemeinde und dem Kanton bewilligt wurden. Nach Meinung des VCS sind dies zu viele und müssen bewirtschaftet werden (Parkgebühr). Dies ist umso unverständlicher, da der Bundesrat eine Ver ordnung verabschiedet hat, in der die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) neu geregelt wird und nun neu erst ab 500 Parkplätzen eine solche notwendig ist. Zudem kann ein Gartencenter nicht mit einem Einkaufszentrum oder einem Sportcenter verglichen werden. Bei der Behandlung des Verkehrsrichtplanes im Kantonsrat Anfang 2007 wurde im Zusammenhang mit den verkehrsintensiven Anlagen immer wieder der gesunde Menschenverstand heraufbeschworen. Heute müssen wir feststellen, dass von gesundem Menschenverstand bei dieser Verbandsbeschwerde gar nichts übrig geblieben ist.

Wie auch diese wirtschafts- und anwohnerfeindliche Verbandsbeschwerde klar aufzeigt, ist es dringend notwendig, dass bei der Abstimmung vom 30. November über die Volksinitiative «Einschränkung des Verbandsbeschwerderechtes» ein kräftiges JA in die Urne gelegt wird.

Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2008

Kantonale Vorlagen

Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder»		**JA**
Kantonsratsreferendum «Gesetz über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat»		**NEIN**
Kantonsratsreferendum «Hundegesetz» (Variante für ein Kampfhundeverbot)	**2x**	**NEIN**
Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug»		**JA**
Volksinitiative «Mit dem Tram direkt zum Zoo» (Rahmenkredit für die Verlängerung der Tramlinie direkt zum Haupteingang des Zoos Zürich und der Masoala-Halle)		**NEIN**

LESERBRIEFE

Der unruhige Nachbar droht wieder einmal

Deutschland ist ein unruhiger Nachbar. Im letzten Jahrhundert wechselte im Durchschnitt alle 20 Jahre das System: Kaiserreich, «Drittes Reich», Bundesrepublik und DDR und schliesslich das wiedervereinigte Deutschland nach 1989.

Geliebt war Deutschland nie. Das Land glaubte darum immer wieder, sich mit den Mitteln der Macht Respekt verschaffen zu müssen. Im Kaiserreich hiess es, man verlange lediglich auch einen «Platz an der Sonne». Unter Hitler wurde das Hegemoniestreben mit dem Bedarf nach «Lebensraum im Osten» begründet. Und heute heisst es wohl, man verlange auch «ein Stück vom Speck». Vom Speck, in dem sich die Schweiz und andere Länder wie Maden tummelten.

Die jüngsten Angriffe Deutschlands gegen die Schweiz und deren Rechtsordnung, die zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung differenziert, sind ungehörig. Von Vertretern eines Landes, das den Geheimdienst einsetzt, um in Gestapo-Manier auf illegale Art und Weise Daten über die eigenen Bürger zu beschaffen, brauchen wir uns Derartiges nicht gefallen zu lassen. Die Herren Steinbrück und Konsorten sollten sich zunächst einmal Gedanken darüber machen, weshalb Geld aus ihren Ländern abgezogen wird. Genau wie jede andere Flucht hat nämlich auch die Steuerflucht konkrete Ursachen. Und diese liegen im Kompetenzbereich der deutschen Regierung. Der Bundesrat macht es nicht schlecht, wenn er gelassen bleibt und den Vorladungen zu den deutsch-französischen Schauprozessen keine Folge leistet. Doch das wird nicht lange genügen. Die Schweiz muss sich zur Wehr setzen. In einem ersten Schritt sollte «Präsenz Schweiz» damit beauftragt werden, in einer gross angelegten Inseratekampagne in ganz Europa, über die Vorzüge des schweizerischen Steuersystems zu informieren. Weiter ist das Bankkundengeheimnis so rasch wie möglich in der Bundesverfassung zu verankern. Und schliesslich ist ein Katalog von möglichen Retorsionsmassnahmen zu erstellen, die dann zu ergreifen sind, wenn Vertreter anderer Staaten die Souveränität unseres Landes infrage stellen.

Kantonsrat Claudio Zanetti, Zollikon

Halbwahrheiten aus der Bildungsdirektion

Der Chef des Zürcher Volksschulamtes, Martin Wendelspiess, sagt im Interview mit der Zürcher Landzeitung vom 11. Oktober, dass die Mitsprache bei einer Annahme von HarmoS die gleiche bleibe. Zudem erweckt er den Eindruck, auf die Abschaffung des Kindergartens habe HarmoS keinen Einfluss. Beides ist falsch.

Erstens delegiert HarmoS zahlreiche Kompetenzen an die Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK). Zum Beispiel die Festlegung von Standards, die Festlegung von Lehrplan, Lehrmitteln und Evaluationsinstrumenten (an die EDK Deutschschweiz), die Ausgestaltung von Portfolios (Gefahr von «Superfichen») und das Bildungsmonitoring. In diesen Dingen verliert die Bevölkerung die Möglichkeit, mitzubestimmen, der Kanton muss vollziehen, was Bildungsfunktionäre ausarbeiten und die Bildungsdirektoren dann in alleiniger Kompetenz beschliessen. Dabei zeigen zahlreiche Initiativen (in den letzten vier Jahren: Biblische Geschichte, Fremdsprachen, Mundart im Kindergarten, Handarbeit, Klassengrössen und Hauswirtschaft) und noch mehr parlamentarische Vorstösse, dass es oft sehr wohl im Interesse der Stimmbürger liegt, mitzureden. Mit HarmoS wird diese Mitsprache zahnlos. Somit bringt HarmoS Demokratieabbau!

Zweitens: De jure stimmt es zwar, wenn Jurist Wendelspiess ausführt, es brauche für die Abschaffung des Kindergartens noch eine Gesetzesänderung, die mit demokratischen Mitteln bekämpft werden könne. De facto präsentiert sich die Lage hingegen so:

Die Erziehungsdirektoren müssten laut Bundesverfassung das Ende der Primarstufe und das Ende der Sekundarstufe harmonisieren, verfassen aber trotzdem auch Standards für das vierte Schuljahr, also – Kindergarten mitgezählt – das Ende der zweiten Klasse. Dies ist das Abschlussjahr der Basisstufe (vierjährige Grundstufe).

Obendrein wird die EDK im Artikel 7 von HarmoS befugt, Standards nicht nur für Bildungsinhalte, sondern auch für die «Bedingungen für die Umsetzung im Unterricht» zu schaffen, also für methodische und organisatorische Vorgaben. Es ist ein leichtes, als Bedingung für die Umsetzung im Unterricht der ersten vier Schuljahre «jahrgangsübergreifende Klassen» zu standardisieren.

Zudem wird HarmoS Art. 6 umgesetzt, der lautet: «Die Zeit für das Durchlaufen der Schulstufen ist im Einzelfall abhängig von der individuellen Entwicklung der Schülerin oder des Schülers.»

Dieses sind Zutaten der Basisstufe, die bei einem Ja zu HarmoS nachvollzogen werden müssten – dem Gesetzgeber und der Bevölkerung bliebe nichts anderes übrig, denn interkantonales Recht wirkt wie Bundes- und Verfassungsrecht. Ob Basisstufe oder nicht hängt somit materiell allein von den Standards der EDK ab.

Wenn die Bildungsdirektoren die Lernziele der ersten vier Schuljahre gleichzeitig so setzen, dass sie ohne zwingendes Lesen, Schreiben und Rechnen im Kindergartenalter kaum erreicht werden, dann ist die Verschulung für die Vierjährigen Tatsache. Ob das die Bürgerinnen und Bürger gut finden oder nicht, ist egal. Denn HarmoS legt den Entscheid allein in die Hände der Bildungsdirektoren.

Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen

Was bringt HarmoS den Schweizer Schulen?

In Finnland, diesem Spitzenreiter der PISA-Studien, liegt das Schuleintrittsalter bei sieben Jahren. In den deutschen Bundesländern werden die Kinder mit fünf oder sechs Jahren eingeschult. In den meisten US-Bundesstaaten setzt die obligatorische Schulpflicht mit der Vollendung des 6. Lebensjahres ein. Das HarmoS-Konkordat hingegen, mit welchem gemäss Artikel 2 «die schulischen Hindernisse für eine nationale und internationale Mobilität der Bevölkerung» beseitigt werden sollen, lässt die obligatorische Schulzeit mit vier Jahren beginnen. Damit ist die Widersprüchlichkeit der HarmoS-Vereinbarung angedeutet.

Die Widersprüchlichkeit ist ein auffälliges Merkmal dieses Textes. Sie widerspiegelt sich unter anderem in der unklaren Begrifflichkeit. Der Artikel 6 zum Beispiel trägt den Titel «Dauer der Schulstufen». Die Rede ist also von der Schule, und in Absatz 5 des betreffenden Artikels wird wiederum vom «Durchlaufen der Schulstufen» gesprochen. Die erste Stufe der insgesamt elfjährigen obligatorischen Gesamtschulzeit wird «Primarstufe» genannt. Über sie liest man in Artikel 6: «Die Primarstufe, inklusive Vorschule oder Eingangsstufe, dauert acht Jahre.» Es ist selbstverständlich unmöglich, dass die Vorschule gleichzeitig einen Teil der Schule darstellt. Die Vermischung der beiden Begriffe dient offensichtlich dazu, von der faktischen Abschaffung des Kindergartens abzulenken.

Widersprüchlich ist es auch, wenn die Erwartung geweckt wird, dank HarmoS würden alle Schweizer Schulzeugnisse aussagekräftiger und vergleichbar. Wie die Oberstufenreformen des Kantons Zürich gezeigt haben, führt insbesondere der Verzicht auf eine strukturelle Gliederung der Oberstufe dazu, dass für Lehrbetriebe nicht mehr klar ist, welchen Wert die erteilten Zeugnisnoten wirklich haben. HarmoS enthält zu dieser Problematik weder eine Bestimmung noch eine Aussage. Es wäre grundsätzlich möglich, mit HarmoS flächendeckend für die ganze obligatorische Schulzeit eine Gesamtschule bzw. eine Einheitsschule einzuführen. Auf diese Weise stünde für alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs bis zum 15. Altersjahr nur noch ein Schulgefäss zur Verfügung, und sowohl die dreiteilige Oberstufe als auch das Zürcher Langgymnasium würden abgeschafft. Die dann verstärkt nötige «Binnendifferenzierung» innerhalb der Schulen der Sekundarstufe I würde die Lesbarkeit der vorgenommenen Schülerbeurteilungen für Aussenstehende zusätzlich erschweren.

Widersprüchlich ist schliesslich der Wortlaut des HarmoS-Artikels 7. Hier wird einerseits versprochen, dass die Einführung von schweizerischen «Leistungsstandards» einen Wettbewerb um die Zielerreichung ermögliche. Dies wäre begrüssenswert, entspräche dem Geist des New Public Management und wäre unserem Schulsystem zweifellos förderlich. Andererseits wird in Artikel 7 jedoch die Methodenfreiheit der Schulen und Lehrenden abgeschafft, indem eine zweite Art von Bildungsstandards postuliert wird, nämlich «Standards, welche Bildungsinhalte oder Bedingungen für die Umsetzung im Unterricht umschreiben». Mit einem solchen Korsett würde verunmöglicht, dass einzelne Schulen durch besonderes Engagement, durch kreative Lösungen und durch die freie Auswahl von Themen und Methoden die national gesetzten Leistungsziele besser erreichen als andere. Nicht nur die Ziele vorgegeben, sondern leider bis in alle Einzelheiten auch der Weg. Dass im Übrigen durch die Bestimmungen des Artikels 7 – in Verbindung mit Artikel 8 («Lehrpläne, Lehrmittel und Evaluationsinstrumente») – der Zürcher Bildungsrat faktisch arbeitslos und somit hinfällig würde, sei nur am Rande vermerkt.

Die Widersprüchlichkeit des HarmoS-Textes besitzt sogar eine humoristische Seite. In Artikel 3 wird nämlich gefordert, dass die Schülerinnen und Schüler eine umfassende Grundbildung in der «lokalen Standardsprache» erhalten. Die HarmoS-Schulsprache wäre somit weder «lokal» noch «Standard» – sondern eben: beides zusammen!

Huldrych Thomann, Benglen

Volle Freizügigkeit

Die Schweiz hat die USA als bevorzugtes Land für deutsche Auswanderer längst abgelöst. Wurden im Jahre 2005 laut statistischem Bundesamt 14 815 Auswanderer in unser Land registriert, sind es Ende August von diesem Jahr in acht Monaten über 36 240 Personen aus unserem nördlichen Nachbarland. Grund: Mitte 2004 hat die Schweiz ihre strengen Bedingungen gelockerte und EU-Bürgern Freizügigkeit gewährt. Höhere Löhne, eine Arbeitslosenquote von weniger als 2,3 Prozent und gediegener Lebensstandard – viele Professoren an eidgenössischen Hochschulen kommen aus dem grossen Nachbarland. Immer mehr Ärzte und Krankenschwestern sprechen Hochdeutsch, selbst die Serviertochter vom «Alperösli» in Kemmeriboden erkundigt sich bisweilen mit sächsischem Zungenschlag nach den Wünschen des Gastes. Von den 7,5 Millionen Einwohner besitzen über 22 Prozent keinen Schweizer Pass. In Europa haben nur noch die beiden Kleinstaaten Luxemburg und das Fürstentum Liechtenstein höhere Ausländeranteile. Jeder vierte Erwerbstätige zwischen Boden- und Genfersee ist ein Ausländer – volle Freizügigkeit nennt man das.

Walter Egli, Zürich

Einladung zum Preisjassen 2008 der SVP Zürich 11

Samstag, 8. November 2008 um 13.00 Uhr

(Türöffnung um 12.30 Uhr)

Hotel Kronenhof in Zürich-Affoltern
Wehntalerstrasse 551, 8046 Zürich (Grosser Saal)

Anmeldung mit beiliegendem Anmeldetalon bis 31. Oktober 2008 an: Hans Nikles, Glatttalstr. 51, 8052 Zürich (Fax: 044 302 67 25 oder E-Mail: hans.nikles@hispeed.ch oder direkt vor dem Preisjassen: spätestens 12.30 Uhr)!

Genügend Parkplätze im Parkhaus. Erreichbar mit dem Bus Nr. 62 oder Trolleybus Nr. 32 bis Haltestelle Zehntenhausplatz. Auswärtige erreichen Zürich-Affoltern mit der S 6. Vom Bahnhof aus 5 Minuten zu Fuss oder mit Bus Nr. 62, 1 Station.

Einsatz Fr. 20.–
(Alle erhalten einen Preis)

Spielleitung:
Albert Hagenbucher

Mit freundlichen Grüssen
SVP Zürich 11

ANZEIGEN

Nilfisk ALTO Nilfisk ALTO
Hochdruckreiniger

Aktionspreise Occasionen
F.T. SONDEREGGER AG
Nilfisk-ALTO Generalvertretung
Mühlestrasse 10 9100 Herisau
www.alto-sondi.ch
Tel. 071 353 50 50

SBT Schwegler Befestigungstechnik
Grundstrasse 41
8196 Wil ZH
Tel. 044 869 39 80
Fax 044 869 39 82
SBT damit es SICHER hält
www.sbt-befestigung.ch

Ihr Partner für hohe Qualität - und dennoch günstige Preise!

KMU-Unternehmer:
Profitieren Sie von unserem Know-how!

Haben Sie Probleme mit Ihrer Bank? Suchen Sie einen Nachfolger?

mrs-consultants, Blumenfeldstrasse 11/22, 8046 Zürich
Telefon 043 811 39 36, E-Mail: mrs-consultants@bluewin.ch

Im **Flumserberg SG**
zu verkaufen:

– renovierte Kleinwohnungen ab Fr. 155 000.–;
– neuere 4,5-Dachwohnung Fr. 525 000.–;
– renoviertes Haus mit zwei Wohnungen Fr. 685 000.–.

Tel. 081 735 29 86
www.sidler-immo.ch

bergmann ag
Sanitär, Heizung, Schwimmbadbau
Eidg. dipl. Installateure
Industriestrasse 4a
8604 Volketswil
Tel. 044 908 68 08
Fax 044 908 68 09
Notfall 044 908 68 28
info@bergmann.ch
www. bergmannag.ch

DIE AKTUELLE FINANZKRISE – EINE CHANCE FÜR DIE SCHWEIZ

Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen

Die Massnahmen des Bundes und der Schweizerischen Nationalbank zugunsten der UBS sind letztlich Massnahmen zur Stabilisierung des gesamten Finanzplatzes Schweiz und auch nur aus dieser Optik gerechtfertigt. Würde es sich ausschliesslich um eine isolierte Massnahme zugunsten einer Schweizer Firma handeln, müssten staatliche Eingriffe abgelehnt werden.

NATIONALRAT
UELI MAURER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP DES KT. ZÜRICH

Vergleiche mit der bundesrätlichen Rettungsaktion der Swissair, die die SVP bekanntlich abgelehnt hat, sind nicht möglich. Damals handelte es sich um eine isolierte Dienstleistung, die durch andere hätte erbracht werden können. Zudem war die Swissair bereits endgültig zahlungsunfähig und man wollte sie erst noch in einer völlig überdimensionierten Grösse weiterführen.

Systemkrise

Heute haben wir es mit einer weltweiten Krise des Finanzsystems zu tun. Inzwischen haben bald alle Industriestaaten und Notenbanken massive Unterstützungspakete beschlossen, um das Finanzsystem zu stabilisieren. Durch diese staatlichen Garantien entstand ein gravierender Wettbewerbsnachteil. Für die Schweiz hat der Finanzplatz angesichts der hohen wirtschaftlichen Wertschöpfung und der volkswirtschaftlichen Bedeutung eine Schlüsselrolle. Der Finanz- und Bankenplatz Schweiz bürgt weltweit für alle Dienstleistungen und Exportprodukte für Qualität, Sicherheit, Vertrauen und Diskretion. Dieses Vertrauen scheint bereits jetzt mindestens teilweise erschüttert zu sein und es ist nicht auszudenken, welche Auswirkungen unser Finanzplatz, unsere Exportindustrie, ja die ganze Volkswirtschaft auf Jahre zu verkraften hätte, wenn eine Schweizerische Grossbank zahlungsunfähig würde. Der weltweite Vertrauensverlust wäre nie mehr wettzumachen, insbesondere auch darum, weil alle anderen Staaten unterstützend eingreifen. Eine nicht mehr funktionierende Grossbank hätte zudem für Arbeitnehmer, Steuerzahler, grosse und kleine Unternehmen absolut verheerende Folgen.

Schlüsselwort: Vertrauen

Die weltweiten Märkte, institutionelle Anleger und Kleinsparer sind auf der Suche nach vertrauenswürdigen Instituten und Firmen. Geld wandert dorthin, wo der Staat am meisten Sicherheit bietet oder aber Persönlichkeiten durch ihr bisheriges Verhalten dieses Vertrauen garantieren. Da sind es meist übersichtliche Strukturen mit klarer Verantwortung. Die zunehmenden internationalen Verflechtungen in der Politik und der Wirtschaft führen nicht nur zu Unübersichtlichkeiten, sondern auch zu einer Verwischung der Verantwortung. Dazu kommt in der aktuellen Situation auch das Eingehen unverantwortlicher Risiken. Auslöser dafür sind offenbar völlig falsche Anreizsysteme für Bonuszahlungen in einer Höhe, die nicht erklärbar und nicht gerechtfertigt sind. Dabei sind nicht Bonuszahlungen an sich falsch, sondern das Anreizsystem, das risikoreiche Fehlinvestitionen vergoldet. Wenn solche Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig erkannt wurden, bestanden gravierende Führungsmängel und ungenügende Kontrollinstrumente. Das war bei der UBS der Fall, das kann nicht schöngeredet werden. Ob durch dieses fahrlässige Fehlverhalten auch Haftungsansprüche abzuleiten sind, wird zu prüfen sein. In jedem Fall ist diese grenzenlose Gier verwerflich und sie hat das Vertrauen des Volkes erschüttert. Um das Vertrauen wieder zu gewinnen braucht es in der Politik die Mitsprache des Volkes, in der Unternehmenswelt die verbesserte Mitsprache der Aktionäre. Bei Banken, die durch ihre Dienstleistungen im Fokus des öffentlichen Interessens stehen, braucht es durch die Eidg. Bankenkommission (EBK) zudem eine Kontrolle, die wieder Vertrauen schafft, indem sie rascher und effizienter eingreift. Aber es braucht nicht den Staat, der selbst Banken führt oder immer den Rettungsanker wirft.

Staatliche Eingriffe: Befristen und auf ein Minimum reduzieren

Für die SVP ist klar, dass der erfolgte Eingriff zeitlich zu befristen ist. Ein längeres Engagement, wie es die SP fordert, lehnen wir ab. Die Verwischung von Eigentümer und Aufsicht führt zu Interessenskonflikten. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er die Leitplanken und Rahmenbedingungen für die begrenzte Frist aufgrund der Verordnung noch klarer definiert und gleichzeitig auch eine interne Exitstrategie festlegt. Dazu gehören für uns auch, dass der Bundesrat, zusammen mit der EBK als Kontrollinstrument, dafür sorgt, dass die politisch sensible Frage der Entschädigungen und Boni transparent geregelt wird. Wenn bei Verlusten noch Boni bezahlt ausgeschüttet werden, wäre das inakzeptabel. Für die Dauer des Engagements braucht es zudem ein Controlling, dass rechtzeitiges Eingreifen ermöglicht. Wir sind klar der Meinung, dass wir durch die aktuellen Ereignisse nicht an der Schwelle einer Verstaatlichung stehen, wie sich das die Genossen der SP vorstellen. Wir wollen auf regulatorische und legislative Schnellschüsse verzichten. Dabei unterstreichen wir einmal mehr mit aller Deutlichkeit, dass die Privatsphäre geschützt und das Bankkundengeheimnis gewahrt werden muss. Wir verurteilen das arrogante Machtgehabe aus Deutschland und das verräterische Nachgeben der Grünen in aller Schärfe.

Wichtige Funktion der Nationalbank

Im Gegensatz zum Bundesrat, der nach seiner naiven Schönrederei immerhin noch rechtzeitig aufgesprungen ist, hat die Schweizerische Nationalbank die Situation richtig beurteilt. Das Massnahmenpaket trägt denn auch diese Handschrift. Die SNB hat auch in Zukunft eine wichtige vertrauensbildende Aufgabe, indem sie die Banken mit genügender Liquidität versorgt. Dafür braucht sie selbst Eigenkapital. Wir unterstreichen einmal mehr die Forderung, auf Goldverkäufe zu verzichten, die Bestände zu erhöhen und die Lagerung der Goldreserven in der Schweiz vorzunehmen. Auch das wäre eine vertrauensbildende Massnahme. Wir würden es ferner begrüssen, wenn die Nationalbank mit der UBS nicht nur über eine Gewinnbeteiligung der übernommenen kontaminierten Papiere diskutiert, sondern auch über eine mögliche Verlustbeteiligung.

Politische Lehren

Aus dieser Finanzmarktkrise gilt es heute, ein erstes politisches Fazit zu ziehen. Weder Private, noch Firmen, noch der Staat können ohne Risiken leben und niemand kann diese Risiken voll übernehmen. Auch die staatliche Verschuldung ist begrenzt. Das Massnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte ist eine einmalige Aktion.

Bei der Analyse der Staatsrechnungen, der Rechnungen unserer Sozialwerke fällt auf, dass die Politik in vergleichbarer Art wirtschaftet. Wir gehen mit der fehlenden Finanzierung hohe Risiken ein. Die politische Sicherheit ist der Steuerzahler und zunehmend derjenige, der noch gar nicht geboren ist. Fordern wir von den politisch Verantwortlichen die gleichen Grundsätze, wie sie an die Wirtschaftsführer gerichtet werden. Die SVP wird im Sinne der ordnungspolitischen Klarheit auch in Zukunft den Finger genau auf diese Punkte legen.

Position der SVP zur Finanzkrise

Für die SVP sind folgende Grundsätze zentral:

Im Rahmen unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung haben **staatliche Eingriffe** nur im Sinne einer absoluten Ausnahme, ausschliesslich subsidiär und **äusserst zurückhaltend** zu erfolgen.

Staatliche Leistungen und Interventionen dürfen nur dann erfolgen, wenn die Privatwirtschaft **nicht in der Lage ist** bzw. kein Interesse hat, bestimmte Leistungen zu erbringen. Eine eigentliche wirtschaftliche Tätigkeit des Staates ist nur dann zu akzeptieren, wenn eine Monopolsituation unumgänglich ist, d.h. eine marktwirtschaftliche Konkurrenz nicht möglich ist: Demokratisch kontrollierte Monopole sind besser als private Monopole.

Situationen, in welchen der Staat gleichzeitig Aufsichts- und Bewilligungsinstanz sowie Anteilhaber an marktwirtschaftlich tätigen Unternehmen ist, sind strikte zu vermeiden. Sollte trotzdem eine solche Situation entstehen, hat sich der Staat so schnell wie möglich zurückzuziehen.

Ein **funktionierendes Finanz- und Bankensystem** sowie ein leistungsfähiger Finanzplatz sind zentrale Voraussetzungen für unsere Volkswirtschaft und den Wirtschaftsstandort Schweiz. Unzählige Gewerbebetriebe und andere Unternehmungen sind auf die Dienstleistungen der Finanzbranche angewiesen. Darum ist der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Banken und Versicherungen hohe Priorität zu schenken.

Die SVP bedauert, dass als Folge der weltweiten Finanzkrise auch bei uns Interventionen von Bund und Nationalbank notwendig wurden. Die Finanzkrise muss als Chance genutzt werden, um den Finanzplatz Schweiz im internationalen Umfeld zu stärken.

Hinsichtlich der Massnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise fordert die SVP:

Staatliche Eingriffe sind auf das **absolut notwendige Minimum** zu beschränken. Auf regulatorische Schnellschüsse ist zu verzichten. Insbesondere ist es unverantwortlich und leichtsinnig, wie die Sozialdemokraten versuchen, aus der aktuellen Krise Kapital zu schlagen und ihren staatsgläubigen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen.

Alle staatlichen Eingriffe müssen im Rahmen **klar definierter Leitplanken** erfolgen und sind zeitlich zu befristen. Vor jeder staatlichen Einflussnahme oder Beteiligung ist eine entsprechende Exit-Strategie festzulegen. Deshalb ist die Zwangswandelanleihe der UBS, wie beabsichtigt, rasch möglichst zu verkaufen. Für die Zielerreichung ist ein **permanentes Controlling** sicher zu stellen, das rechtzeitige Einflussnahme ermöglicht.

Bei allen staatlichen Interventionen ist dem **Schutz der Privatsphäre** der Bankkunden höchste Beachtung zu schenken. Staatliche Eingriffe dürfen insbesondere das Bankkundengeheimnis in keiner Art und Weise beeinträchtigen.

Es ist Aufgabe der Nationalbank (SNB), die Banken jederzeit mit genügender Liquidität zu versorgen, ohne damit die Inflation anzuheizen. Die Nationalbank braucht dazu genügend Eigenkapital und sichere Anlagen. Aus diesem Grund ist per sofort auf weitere Goldverkäufe zu verzichten. Weiter sollen die Währungsreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Verhältnis zur Bilanzsumme der systemrelevanten inländischen Finanzinstitute und zu den Importen in die Schweiz wieder mindestens auf den Stand des Jahres 2000 angehoben werden (08.470 – Pa.Iv. Erhöhung der Währungsreserven der Schweizer Nationalbank). Zudem ist das Nationalbankgold in der Schweiz zu lagern (08.469 – Pa.Iv. Lagerung der Goldreserven der Nationalbank in der Schweiz).

In Anbetracht dieser Punkte befürwortet die SVP die Massnahmen, welche SNB und UBS zur Stabilisierung des Finanzplatzes Schweiz erarbeitet haben. Die Partei weist aber auch gleichzeitig auf die Risiken hin, welche mit diesen Massnahmen verbunden sind: Staatliche Interventionen dürfen nur erfolgen, wo sie unumgänglich sind. Sodann sind solche Eingriffe präzise zu befristen. Von zusätzlicher Regulierung ist wo immer möglich Abstand zu nehmen. Diese ordnungspolitische Sünde ist darum unumgänglich geworden, weil der internationale Druck in der Finanzbranche zu hoch geworden ist und rund 70 000 KMU sowie Hunderttausende Kleinsparer die Zeche hätten bezahlen müssen. Die drastischen Auswirkungen, welche die internationalen Verflechtungen in der Finanzwelt zeitigen, müssen allen Politikern eine Lehre sein, wenn es um den Abschluss internationaler Verträge und Fragen zur Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz geht.

Forderungen zur Stärkung des Finanzplatzes

Mit der **staatlichen Beteiligung an Bankinstituten** werden im Ausland vermehrt Rufe nach **grösserer Transparenz über die Kundenbeziehungen** – auch im Rahmen internationaler Zusammenarbeit – laut. Die Bestrebungen anderer Staaten, direkt ins Bankgeschäft einzugreifen, haben namentlich **fiskalische Interessen** als Hintergrund. Dies ist eine direkte und ernstzunehmende Bedrohung des Bankkundengeheimnisses. Die **Stärkung des Bankkundengeheimnisses** und dessen Verankerung in der Bundesverfassung ist darum ein zentrales Anliegen der SVP (08.465 – Pa. Iv. Wahrung des Bankkundengeheimnisses).

Die **minimalen Eigenkapitalquoten** der Banken für entsprechende Risiken sind angemessen zu erhöhen. Diese Anpassungen haben in Abstimmung mit allen Staaten zu erfolgen. Dies schafft Stabilität und Vertrauen.

Derzeit stellen namentlich die Grossbanken, aber auch einzelne andere Konzerne ein **Klumpenrisiko für die schweizerische Volkswirtschaft** dar: Kommt eine Grossbank zu Schaden, hat dies drastische Auswirkungen auf verschiedenste Branchen. Gerade KMU und Gewerbe würden vom Zusammenbruch einer Bank massiv getroffen. Deshalb ist zu prüfen, wie dieses Klumpenrisiko im Interesse der schweizerischen Volkswirtschaft und im Sinne einer langfristigen Stabilität reduziert werden kann. (vgl. 08.3649 – Motion der SVP-Fraktion: Verhinderung von untragbaren Risiken für die Schweizer Volkswirtschaft). Dort wo es wegen der Stabilität des Bankensystems angezeigt ist, dürfen die Erfordernisse für die grossen Banken strenger sein, als für die Mehrzahl der kleineren und mittleren Institute.

Falsche Anreize und **unverständliche Entlöhnungspraxis** haben dem Vertrauen in gewisse Bankinstitute Schaden zugefügt. Umso erstaunlicher ist die Feststellung der EBK betreffend UBS, dass Manager auf Stufe der Investmentbank oder der Gruppe für die Bank nicht allein um der Boni willen, bewusst unkalkulierbare Risiken eingegangen wären. Die Eidg. Bankenkommission (EBK) hat sicher zu stellen, dass Anreizsysteme für die Entlöhnung im Bankenbereich nicht zu Risiken, sondern zu Mehrertrag und verbesserter Stabilität führen. Es darf nicht sein, dass mit dem Ziel einer noch besseren Rendite unverantwortbare Risiken zulasten des Betriebs oder der Kundschaft eingegangen werden. Entsprechende präzise Normen für eine korrekte Geschäftspraxis sind rasch zu erarbeiten und durchzusetzen. Die Lösung dieser Problematik soll von der Branche selbst getroffen werden; staatliche Eingriffe wären falsch und nicht zielführend.

Die Rechte der Aktionäre sind im Rahmen der **Revision des Aktienrechts** zu stärken. Neu soll die Generalversammlung berechtigt sein, Bestimmungen betreffend die Entschädigungen an den Verwaltungsrat sowie betreffend Aktien- und Optionenpläne in den Statuten vorzusehen. Zudem sollen Verwaltungsräte jährlich und einzeln gewählt werden. Damit sollen neu die Aktionäre jährlich indirekt über das Salär jedes einzelnen Verwaltungsrates – da diese für die Geschäftsführung die Verantwortung tragen – bestimmen. Ferner ist dafür zu sorgen, dass an der Generalversammlung die Verwaltungsräte nicht über sich selbst entscheiden können. Depot- und Organstimmrechte sind abzuschaffen. Das neue Aktienrecht ist endlich zu behandeln.

Ebenso sind Überlegungen anzustellen, wie der **Einlegerschutz** – analog zum europäischen Umfeld – verbessert werden kann. Auch diese Massnahme schafft Vertrauen und stärkt den Finanzplatz. Dabei sind auch Selbsthilfemassnahmen der Branche in die Überlegungen einzubeziehen. Die Kosten dieser Massnahmen und die Träger dieser Kosten sind vorab abzuklären. Der Bereich des Einlegerschutzes soll von der Branche selber diskutiert und entschieden werden – staatliche Interventionen sind auch hier abzulehnen.

Wahrnehmung der Verantwortung

Die SVP ist der Auffassung, dass die aktuelle Finanzkrise als **Chance** genutzt werden muss: Gerade in Zeiten der Instabilität sind **zuverlässige, konstante Rahmenbedingungen** und rechtliche Sicherheit von höchster Bedeutung. Dies macht unser Land als Unternehmensstandort attraktiv und schafft ein gutes Investitionsklima. Die **Stärkung des Wirtschafts- und Finanzplatzes** Schweiz und die Wahrung der Privatsphäre wie auch der unternehmerischen Freiheit müssen im Zentrum aller politischen Bemühungen stehen.

Populistische Avancen und **leichtsinnige Schnellschüsse** lehnt die SVP entschieden ab: Es ist bedenklich, welche Kurzsichtigkeit und welches wirtschaftliche Unverständnis gerade die grösste der heutigen Schweizerischen Regierungsparteien derzeit an den Tag legt.

Fadegrad

Prügelstrafe

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Die Samstagsausgabe des «Tages-Anzeigers» gibt uns Stoff zum Nachdenken. Da wird über die «Lehren» geschrieben, die der Stadtrat aus dem Fall Seebach gezogen haben will. Neues erfahren wir nicht. Die Pausenaufsicht wurde verstärkt und das Thema Gewalt in Projekten verarbeitet. Weiter seien die Meldewege der Schulleitungen angepasst worden. All das war schon umgesetzt, bevor der zweite Fall im Schulhaus Buhnrain passierte. Es hat also nichts genützt. Die Zahlen steigender Gewalt an den Schulen sprechen für sich. Steigerungen im Zeitraum 04-07: Sexuelle Gewalt von 6 auf 15 Fälle, körperliche Gewalt von 37 auf 52, mangelnde Disziplin von 26 auf 42 und beim Mobbing von 29 auf 55 Fälle. Der Stadtrat sehe weiterhin Handlungsbedarf bei der Jugendgewalt. Der Leser fragt sich, mit welchen Massnahmen diesem Handlungsbedarf begegnet werden könnte, blättert um – und findet die Antwort! Am vergangenen 5. Mai wurde eine 21-jährige Sportstudentin von vier Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren spitalreif geprügelt. Die vier Xanthippen pöbelten Leute im Tram an. Als sie ausgestiegen waren, die Studentin tat an gleicher Haltestelle Gleiches, kriegte sie Streit mit den Weibern. Eine 22-Jährige aus der Gang schlug die Studentin nieder und trat auch noch auf sie ein, als diese am Boden lag. Das Opfer wurde sogar bewusstlos und hat bis zum heutigen Tag Folgen zu tragen. Der Fall wurde jetzt vor dem Zürcher Bezirksgericht verhandelt. Der Verteidiger fordert Schadenersatzzahlungen. Die Haupttäterin hat noch andere Probleme. Früher arbeitete sie im Service. Diese Arbeit kann sie wegen Arthrose an den Knien offenbar nicht mehr ausüben. Eine mitangeklagte Kollegin gab vor Gericht an, sie leide an Schizophrenie. Die Erhellung, was dieser Fall mit den Lösungsansätzen des Stadtrates bei Jugendgewalt zu tun hat, kommt jetzt. Es ist zu toll! Weil diese Schlägerin wegen der Arthrose nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten kann und ohnehin nur noch vier Stunden täglich einsatzfähig ist, wird sie gegenwärtig umgeschult. Auf was? Auf Jugendarbeiterin! Um uns alle zu beruhigen, wird darauf hingewiesen, dass sie einen Kurs besucht, um ihre Aggressionen in den Griff zu kriegen. Nein, wir sollten uns jetzt nicht aufregen. Es ist nicht unser System, das geisteskrank ist. Hier wird einer jungen Frau eine neue Chance geboten. Wir dürfen uns freuen, wie die fragile Seele an der Arbeit mit schwierigen Jugendlichen erstarken wird. Sollte ihr das Tagwerk zu schwer werden, kann sie nach vier Stunden aufhören oder gleich IV für den Rest des Lebens beantragen. Sollte sie, beispielsweise am Schulhaus Buhnrain, mit zu schwierigen Früchtchen zu tun kriegen, dann weiss sie, wie man zuschlägt. So führt Zürich die Prügelstrafe wieder ein. Das ist zumindest einmal eine konkrete Massnahme! Alles ist in Ordnung …

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Morgendämmerung im Sozialwesen?

Die erste Ratssitzung nach den Herbstferien verlief speditiv. Eine Asyldebatte und eine Sozialdebatte lassen vermuten, dass Martin Waser vielleicht weniger zugenagelt ist als seine grüne Vorgängerin. Hoffen ist erlaubt.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 10

Die Botschaft flatterte mitten in die Fraktionssitzung am Mittwochnachmittag: Elmar Ledergerber, zweitbester Stadtpräsident des Universums, tritt zurück. Was die SVP vorausgesagt hatte, trat ein: Nach der EM 2008 würde er nach einer Anstandspause das Amt abgeben.

Vor der Sitzung erduldeten die Räte einen weiteren Spiessrutenlauf durch eine politische Demonstration vor dem Rathaus. Diesmal waren es Gewerkschafter der VBZ. Die Trämler und Buschauffeure demonstrierten gegen ihrer Meinung nach unakzeptable Einsatzpläne. Der Gewerkschaftsflügel der SP hielt es in den persönlichen Erklärungen nicht für nötig, sich von Streik-Drohungen der VBZ-Gewerkschafter zu distanzieren, was scharfen Protest der bürgerlichen Parteien auslöste.

Ein Herz für Pinocchio

Danach erledigte der Rat speditiv eine Reihe von Sachgeschäften. **Guido Bergmaier** (SVP 10) erläuterte eine Weisung, welche den Verein Pinocchio unterstützen will. Der Verein besteht seit 25 Jahren und hilft Zürcher Kindern in einem problembeladenen Erziehungsumfeld.

Für schwierige Jugendliche gibt es genügend Angebote, die meist bei sinkenden Schulleistungen angenommen werden. Kinder im Vorschulalter artikulieren sich oft laut, unkontrolliert und rebellisch. Die Beratungsstelle Pinocchio, mit mittlerweile 5 Fachleuten, übernimmt kurzfristige und auch intensivere Fälle, meist Kinder aus schwierigen Verhältnissen. In Kleingruppen lernen diese Kinder Begegnung und Umgang miteinander. Die SVP unterstützt die Weiterführung der Finanzhilfe an den Verein, da frühe Massnahmen oft sinnvoll und kostengünstiger sind als spätere Einweisung in Heime. Guido Bergmaier überzeugte den Rat, der den Beitrag von 120 000 Franken jährlich genehmigte.

Kurze, scharfe Asyldebatte

Es folgte ein Schlagabtausch zwischen SVP und Martin Waser (SP) zum Geschäftsbericht der Asyl-Organisation Zürich AOZ. «Die AOZ fördert die nachhaltige berufliche und soziale Integration von Migrant/innen. Diesem Zweck dient ein diversifiziertes Angebot», steht im Geschäftsbericht. **Roger Bartholdi** (SVP 9) fasste die Bedenken der SVP zusammen. Unterbeschäftigte Angestellte im Sozialamt beschaffen sich selbst genügend Arbeit, monierte Bartholdi. Die Stadt Zürich mischt sich in die Märkte ein und konkurrenziert das Gewerbe. Das Sozialamt stellt Know how, Arbeitszeit und Gelder zur Verfügung. Die angebotenen Leistungen sind meist solche, die auch Gewerbebetriebe anbieten könnten oder Selbständige mit tieferer Qualifikation. Bartholdi bemängelte insbesondere den ungenauen Geschäftsbericht, der keinen Einblick in die Finanz- und Geschäftssituation erlaubt.

Stadtrat Martin Waser, Nachfolger der abgetretenen Monika Stocker, verwahrte sich gegen diese Vorwürfe. Er konnte sie aber nicht entkräften. **Monika Erfigen** (SVP 8) präzisierte die Kritik der SVP. Insbesondere hat die Asyl-Organisation Zürich 3,7 Millionen Franken Reserven gebildet; wie und wofür ist unklar.

Natürlich segnete der Rat den Geschäftsbericht der AOZ ab. Wenn «sozial» drauf steht, winkt der links dominierte Gemeinderat alles durch, ohne Rücksicht auf Kosten.

Sachliche Sozialdebatte

Was jahrelang undenkbar war, ist nach Stockers Abgang möglich: Eine nüchterne Sozialdebatte mit Argumenten, die von beiden Ratsseiten gewogen werden. Es ging um eine Anregung, die Hilfsgelder für Miete und Krankenkasse direkt dem Leistungserbringer zu zahlen und nicht dem Sozialfall, der sie manchmal zweckentfremdet. Für private Vermieter ist es ein Ärgernis, wenn Mieter vom Sozialamt Geld erhalten, dieses aber veruntreuen. **Hedi Schlatter** (SVP 2) veranschaulichte das Problem mit konkreten Beispielen. Martin Waser stemmte sich zuerst gegen die Postulate, eines davon von **Bruno Wohler** (SVP 12) und einem CVP-Vertreter und eines von Hedi Schlatter und einem FDP-Vertreter. Es brauchte ein deutliches Votum von **Mauro Tuena** (SVP 4), der Parallelen zur Sozialdetektiv-Debatte zog: Es dauerte Jahre, bis der linke Stadtrat das Problem erkennen wollte. Nach einer längeren Debatte und verschiedenen Textänderungen akzeptierte Waser die Vorstösse und nahm sie entgegen. Es wird zu beobachten sein, ob der neue Sozialamtsvorsteher vielleicht eine Spur weniger verbohrt ist als seine Vorgängerin.

Einladung

Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich

Donnerstag, 30. Oktober 2008, 20.00 Uhr

Hotel-Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich, Telefon 044 308 34 00
(Tram Nr. 14 bis Endstation Seebach, PP vorhanden)

Traktanden

1. Begrüssung/Mitteilungen
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Parolenfassung zu den städtischen Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008:

   Volksinitiative Umweltschutz konkret
   Ergänzung der Gemeindeordnung, Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft
   Referent: Gemeinderat Dr. Arthur Bernet (SVP)

   Baulinienvorlage Gleisfeld Neufrankengasse
   Festsetzung
   Referent: Gemeinderat Bruno Amacker (SVP)

   Teilrevision Nutzungsplanung
   Zonenplanänderung Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Zürich Albisrieden
   Referent: Gemeinderat Bruno Garzotto (SVP)

   Teilrevision Nutzungsplanung
   Änderung des Zonenplanes im Bereich Kronenwiese
   Referentin: Gemeinderätin Marina Garzotto (SVP)

4. Wahl von zwei Beisitzern des Vorstands der SVP Stadt Zürich
   Roland Scheck, SVP Zürich 3, neu
   Roland Schmid, SVP Zürich 1/2, neu
5. Termine 2009
6. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich

Kantonsrat Rolf André Siegenthaler,
Parteipräsident

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

GEFÄHRDETE ENERGIEVERSORGUNG

Atomausstieg der Stadt Zürich – Verwirrspiel der FDP

Am 30. November stimmen die Stadtzürcher mittels einer Ergänzung der Gemeindeordnung über einen Ausstieg aus der Kernenergie ab. Während sich die Wirtschaft gegen diese ruinöse Energiepolitik wehrt, marschiert die FDP gemeinsam mit Links/Grün.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP RAFZ

Die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen sich am 30. November neben zahlreichen weiteren Abstimmungen kurzfristig ebenfalls zum Thema «Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft» äussern. Was als Titel auf den ersten Blick nicht allzu dramatisch aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als explosiv. So soll die Stadt Zürich ihre Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernkraftwerken aufgeben, den CO_2-Ausstoss bis 2050 auf 1 Tonne pro Kopf und Jahr reduzieren und sich für eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt pro Kopf einsetzen.

Forderungen gefährden Energieversorgung

Die geforderten Ergänzungen in der Gemeindeordnung sind aus verschiedenen Gründen nicht ohne schwerwiegende Konsequenzen für unsere Wirtschaft machbar. So deckt heute die Kernenergie ungefähr einen Drittel des städtischen Energiebedarfs. Der Strombedarf wird in den nächsten Jahren jedoch trotz allen Sparmassnahmen noch steigen. Der Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen, die Bevölkerungsentwicklung mit einem steigenden Wohnungsbedarf, der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und eine hoffentlich weiter wachsende Wirtschaft bedeuten einen zunehmenden Strombedarf.

Ähnlich unerfüllbar ist die Reduktion des CO_2-Ausstosses von heute zirka neun Tonnen pro Kopf und Jahr auf eine Tonne. Das entspricht einer Reduktion um den Faktor 9. Ebenso unrealistisch ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Dies würde einem heutigen Energieverbrauch von Jemen oder der Republik Kongo entsprechen. In unserer hochentwickelten Industriegesellschaft muten solche Zielsetzungen jedoch eher utopisch an. Selbstverständlich werden wir uns in den kommenden Jahren anstrengen müssen, den Energieverbrauch und den CO_2-Ausstoss massiv zu reduzieren. Dazu sind durchaus auch ehrgeizige Ziele sinnvoll und nötig. Eine derartige Radikalkur, wie sie in der städtischen Vorlage postuliert wird, würde unsere Wirtschaft jedoch nachhaltig treffen. Unsere Wirtschaft ist auf eine sichere, möglichst unabhängige und CO_2-arme Energieversorgung angewiesen. Dazu gehört auch die Kernenergie, welche heute in unserem Land rund 40 Prozent des Strombedarfs deckt.

FDP gegen Wirtschaft

Die FDP Schweiz steht, wie übrigens der Bundesrat, ganz klar für eine Energiepolitik unter Einbezug der Kernenergie. Demgegenüber stimmen die Stadtzürcher Freisinnigen der Ergänzung der Gemeineordnung und damit auch dem Ausstieg aus der Kernenergie zu, dies gemeinsam mit den Linken und Grünen. Im Nachhinein ist es ihnen vermutlich mit ihrer Ja-Parole jedoch nicht mehr ganz wohl. Dies umso mehr, als sich kürzlich eine Reihe von Wirtschaftsverbänden wie der Schweizerische und der Kantonale Gewerbeverband, der Verband Zürcher Strombezüger, die Vereinigung Zürcher Arbeitgeber Industrie und die Zürcher Handelskammer in einer Medienkonferenz vehement gegen die geplante Ergänzung der Gemeindeordnung, und damit gegen den Atomsausstieg, gewandt haben.

So hat die Stadtzürcher FDP anlässlich einer Medienorientierung im Nachhinein ihre Ja-Parole zum Verzicht auf die Kernenergie als «taktisches Ja» bezeichnet und will weiterhin nicht auf Kernenergie verzichten. Es fragt sich nur, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach dieser Medienorientierung nun tatsächlich wissen, ob die FDP für oder gegen die Kernenergie ist. Aber vielleicht ist es den FDP-Strategen lieber, wenn man ihre widersprüchliche Haltung zu dieser heiklen Frage gar nicht merkt.

HarmoS – Pro und Kontra

Es diskutieren unter der Moderation von Kuno Gurtner, NZZ-Journalist:

Pro: **Regine Aeppli,** Bildungsdirektorin des Kantons Zürich
Philipp Bauer, Bildungsökonom economiesuisse

Kontra: **Matthias Hauser,** SVP-Kantonsrat
Daniel Regli, Präsident SVP 11

Dienstag, 4. November, 19.30 Uhr
Sihlhof / Zürcher Fachhochschule, Lagerstrasse 5, Raum LAA 111, 1. OG

Eine gemeinsame Veranstaltung der SP und der SVP der Stad Zürich.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Magnetfeld-System Vita-life eMRS, 4-jährig, inkl. Beratung und mit neuester Programmversion. Tel. 071 983 22 71.

Kreiselheuer Pöttinger, Hit 54 N, 1999; **Busattibandeingrasung Reform** zu Matrac, 2,4 m. Josef Wiss, Sennweid, 8910 Affoltern a. A, Tel. 079 454 75 82.

Forstseilwinden 3 bis 8 Tonnen, mech., el.-hydr. oder Funk, zu Sonderpreisen. z.B.: 5 Tonnen ab Fr. 4190.–, Telefon 079 359 85 16.

Filisur Haus Fr.-Anfrage. Bruco-Immobilien, G. Brunold, Tel. 044 954 25 53. www.bruco immo.ch. Fotos

Honda CG-125, Jg. 82, Top-Zustand, frisch ab MFK. Neue Pneus, Auspuff, Unterbrecher usw., Fr. 1200.–, Telefon 052 385 40 51.

Ladewagen Pöttinger Ladeprofi II, 31 m³, revidiert mit Silierschneidewerk und Knickdeichsel, Doppelräder, günstiger Preis. M. Lusti, Grossackerstr. 121, 8041 Zürich, Tel. 044 481 53 34.

Guterhaltene **Celli Rotoregge** mit komplett neuen Messer, 3 m Breite, Tel. 052 337 19 80.

2 neue **Combi-Steamer ELECTROLUX** à nur Fr. 2890.– (statt Fr. 5230.–), 2 Jahre Garantie, ELECTRA AG, Telefon 055 251 41 00.

Tränkefass mit Schwimmertrog, 550 l, Fr. 200.–; **Heuschrote**, 220 V, Fr. 150.–, Tel. 055 243 11 75.

2 Schar-Pflug Althaus, non Stop, hydr. Wendung, verschleisst 50 Prozent. Jakob Klöti, Gerlisberg, 8302 Kloten, Tel. 044 813 77 14.

Seilwinde Farmi SV600 GT, Fr. 2900.–; **Hecklader Farmi TK 1600** mit Palettgabel, Fr. 2800.–; **Dreischarpflug Lemken Opal X110,** Fr. 4500.–; **Steyr 9094,** Jg. 99, 4DW, Fronthydraulik und Zapfwelle, Top-Zustand. Hansruedi Staub, Dorfstr. 12, 8523 Hagenbuch, Tel. 052 364 27 64.

Handgemachte Geschenke zur Geburt, Hochzeit, Jubiläum oder einfach für sich. **www.kreativ-geschaenkli.ch**

Braune hornlose Kuh, 8,5 Mt., trächtig, Fr. 3300.–; **Braunviehrind,** 8,5 Mt., trächtig, Fr. 3200.–, Tel. 044 939 24 58.

Sämaschine HARUWY, Spurbreite: 2,00 m. Telefon 052 364 15 46.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **Tel. 044 822 26 11.**

Kaufe alles aus Gold, zahle bar: Schmuck, Uhren, Münzen, Altgold usw. Tel. 052 343 53 31, H. Struchen.

Balkenmäher, Occasion, Breite zirka 1 m. Tel. 044 937 18 30.

Kaufe Schallplatten nur Rock, Jazz, Blues usw., keine Schlager und Klassik. Tel. 044 482 96 85.

Münzen, Einzelstücke und ganze Sammlungen, auch Erbschaften, Barzahlung. Tel. 079 432 48 91, Ch. Gäumann.

Wir suchen **Stapler,** egal Benzin- der Diesel sowie **Bagger**; div. **Baumaschinen**. Gute Bezahlung! Wird sofort abgeholt. **Tel. 079 620 01 83**.

GESUCHT

Achtung! Haben Sie ungebrauchte Velos im Keller (noch fahrbar), hole sie gratis ab. Tel. 079 667 79 82.

Reparatur-Anleitungen zu Bührer Spezial UM 4/10, Bremsen, Getriebe, Hydraulik. Tel. 044 946 27 58.

Kühe mit Milch, sind an die Fütterung zu geben. Max Wyler, 8610 Uster, Tel. 044 940 18 19.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

Lantsch/Lenz GR: geräumiges **Ferienhaus,** sonnig, Bergsicht, 8,5 Zimmer, 12 Betten für grosse Familie und kleine Gruppen. Tel. 079 628 75 47.

In Rüti: **4,5-Zimmer-Hausteil** auf Bauernhof, renoviert, max. 2 Personen, ohne Haustiere, Nichtraucher, Telefon 055 240 46 02.

ZU MIETEN GESUCHT

Gerne mitanpackende **Agronomin/Landwirtin** sucht Wohnung und Mitarbeit auf Hof. (Arbeitsspitzen, regelmässige Stallablösung, Direktvermarktung usw.) **Tel. 076 574 34 72.**

Scheune/Halle gesucht zum Mieten für Wohnwagen, Umgebung Winterthur/Frauenfeld. Tel. 079 694 53 56.

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

Zu verkaufen in Wängi TG, freistehendes **6,5-Zimmer-Einfamilien-Haus**, Parzelle 754 m², Volumen 1139 m³, VP Fr. 645 000.–. Info unter REMAX Wil, Hr. A. Schönenberger, Mobil 079 354 89 30, Tel. 071 913 50 93.

PACHT

Suche zirka **2500 m² Grünfläche** zum Pachten für Hundeschule im Raum Zürich-Unterland. Tel. 079 580 34 42.

STELLEN

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

Direktionsassistentin/Allrounderin übernimmt ihre Büroarbeiten vor Ort oder im eigenen Büro. Zuverlässig und günstig, Raum Winterthur. Kontakt: winoffice@gmx.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
► Gewerbe ► Bau
► Industrie ► Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
► Tel. 055 240 41 41 ► info@mrzo.ch
MR Maschinenring

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

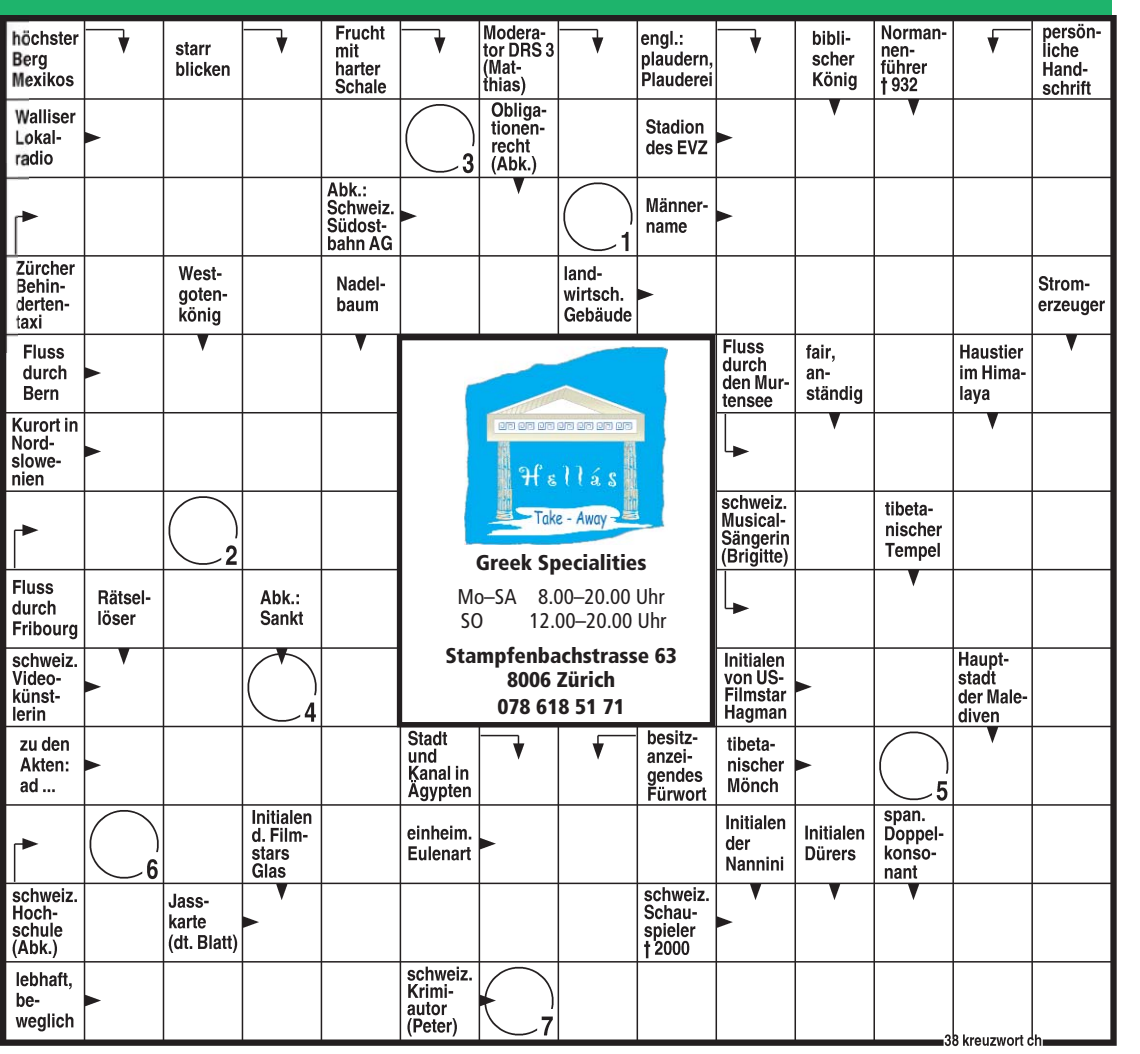
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 29. Oktober 2008:**

Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 40/08
Lösungswort: Alphorn
Gewinner: V. Maag, Oberglatt

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7

Lösungswort Woche 43/08

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 27. Oktober 2008, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Bassersdorf
Jeweils am ersten Samstag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Abendstern, Bassersdorf.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Oetwil a.d.L.
Jeweils am ersten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant alte Post in Oetwil a.d.L.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil. **Achtung: Neuer Ort.**

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Uster / Volketswil
Jeweils am ersten Donnerstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Wallberg, Volketswil, am «Runden Tisch».

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 7
Jeden letzten Donnerstag im Monat (ohne Juli und Dezember), ab 17.30 bis 18.30 Uhr, Restaurant Burgwies, Forchstrasse 271, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 10. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung und Stammtisch.

Montag, 1. Dezember 2008, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Parteiversammlung und Chlaushock.

Bezirk Affoltern und SVP Bonstetten
Donnerstag, 30. Oktober 2008, 20.00 Uhr, Ref. Kirchgemeindehaus, Bonstetten, kontradiktorische HarmoS-Veranstaltung. Pro: Nationalrat Dr. Gerhard Pfister (CVP), Oberägeri. Contra: Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen (SVP). Moderator: Martin Platter, Anzeiger Bezirk Affoltern.

Bezirk Andelfingen
Donnerstag, 6. November 2008, 12.15 Uhr, Restaurant Bahnhof, Henggart, SVP-Politlunch mit Erich Gräub, Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht. Thema «Sozialwerke: Belastung und Missbrauchsbekämpfung».
Programm:
12.15 bis 13.15 Uhr: Mittagessen
13.15 Uhr: Referat
13.45 Uhr: Diskussion
14.15 Uhr: Ende.

Bezirk Andelfingen / Andelfingen
Montag, 3. November 2008, 20.00 Uhr, Hotel Restaurant Löwen, Landstrasse 38, Andelfingen, Veranstaltung «Politik zum Anfassen», zum Thema HarmoS. Referenten: Kantonsrat Matthias Hauser (SVP) und Nationalrätin Christa Markwalder (FDP). Die Veranstaltung dauert zirka 90 Minuten.

Bezirk Bülach
Mittwoch, 29. Oktober 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Frohsinn, Kloten, Delegiertenversammlung, u.a. mit Parolenfassung zur Volksabstimmung vom 30. November 2008. Referenten: Nationalräte Hans Fehr, Hans Rutschmann, Kantonsrätin Ursula Moor, Kantonsräte Matthias Hauser, Claudio Schmid, Heinrich Frei und Bruno Grossmann.

Bezirk Bülach / Bülach
Freitag, 31. Oktober 2008, 17.00 Uhr, Reithalle Neukirchhof, Bülach, Puure-Metzgete. Eine reich gefüllte Speisekarte mit Blut- oder Leberwurst, Geschnetzeltes, Leberli oder Bratwurst wartet auf Sie. Dazu ein feiner Tropfen. Wegbeschreibung: Autobahnausfahrt Bülach-West, Wegweiser Polizei folgen, direkt neben dem Polizei-Stützpunkt liegt die Reithalle.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Samstag, 1. November 2008, 9.00–11.00 Uhr, vor der Gerichtsapotheke im Dorfzentrum Dielsdorf, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen «HarmoS» und «Schuldenwirtschaft». Anwesend ist u.a. Nationalrat Ernst Schibli.

Bezirk Dielsdorf / Niederhasli
Samstag, 15. November 2008, 19.30 Uhr (Apéro), im Zivilgemeindesaal, Oberhasli, Martinimahl. Grillieren in höchster Perfektion mit dem Gastronom «Maier Grill» und unter Mithilfe des SVP-Vorstands. Die Kosten betragen pro teilnehmende Person 50 Franken. Prof. Dr. Christoph Mörgeli, erfolgreicher Nationalrat und engagierter SVP'ler, konnte der Vorstand als Gast gewinnen. Er wird im Laufe des Abends einen interessanten Einblick über sein Wirken in der Politik geben. Anmeldung bis spätestens Montag, 10. November 2008, an Philippe Chappuis, Lindenstrasse 7, 8155 Niederhasli, Telefon 044 850 31 41, Fax 044 850 30 54 oder per E-Mail: philippe.chappuis@bluewin.ch (Angabe Anzahl Teilnehmer nicht vergessen).

Bezirk Dietikon
Donnerstag, 13. November 2008, 20.00 Uhr, Gemeinderatssaal, Dietikon, Informationsveranstaltung «HarmoS». Gesprächsteilnehmer: Pro: Kantonsrätin Brigitta Johner, Mitglied Bildungskommission des Kantons Zürich und Gaudenz Buchli, Schulpräsident Dietikon. Contra: Kantonsrat Samuel Ramseyer, Präsident Bildungskommission des Kantons Zürich und Jules Fickler, Präsident Zürcher Mittelstufenkonferenz (ZKM). Gesprächsleiter: Daniel Winter, Chefredaktor Limmattaler Zeitung LiZ. Organisation: Gemeinderätin Trudi Frey, SVP.

Bezirk Meilen
Dienstag, 28. Oktober 2008, 20.00 Uhr, Hotel Krone (Saal), Seestrasse 117, Uetikon am See, Parteiversammlung. Gäste: Kantonsrat Samuel Ramseyer, Niederglatt; Nationalrat Alfred Heer, Zürich und Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Stäfa.

Bezirk Meilen / Uetikon am See
Samstag, 1. November 2008, 10.00–11.30 Uhr, VOLG, Uetikon, Standaktion zur Volksabstimmung vom 30. November 2008.

Bezirk Uster / Dübendorf
Samstag, 1. November 2008, 9.00–12.00 Uhr, beim Citycenter, Dübendorf, Standaktion zur Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder» und Kantonsratsreferendum «Gesetz über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat».

Junge SVP Winterthur
Samstag, 1. November 2008, 9.30–11.30 Uhr, Marktgasse/Ecke Kasinostrasse, Winterthur, Standaktion für die Initiativen «Staatsverträge vors Volk» und «JA zur Mundart im Kindergarten».

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 5. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Schützenstube Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlausfeier.

Stadt Zürich / SVP und SP
Dienstag, 4. November 2008, 19.30 Uhr, Sihlhof / Zürcher Fachhochschule (Raum LAA 111 (1. OG), Lagerstrasse 5, Zürich, «Harmos»-Veranstaltung. Es diskutieren unter der Moderation von Kuno Gurtner, NZZ-Journalist: Pro: Regine Aeppli, Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, Philipp Bauer, Bildungsökonom economiesuisse. Contra: Kantonsrat Matthias Hauser, Daniel Regli, Präsident Kreis 11.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Donnerstag, 6. November 2008, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Anwesend werden auch die SVP-Frauen Kanton Zürich sein. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung Referat von a. Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer zum Thema «Volksabstimmung: Kindheit verstaatlichen? – Zwangsschule HarmoS Nein».

Dienstag, 2. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wollishofen, Seestrasse 339, Zürich-Wollishofen, Adventsessen.

Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Samstag, 15. November 2008, ab 19.00 Uhr (Apéro) Schützenhaus, Pfungen (Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite), Raclette-Essen. Kosten: 25 Franken (Getränke nicht inbegriffen), inkl. Apéro und Dessertbuffet vom Forrenhof. Anmeldungen an Cornélia Amacker, Ebnistrasse 2, 8413 Neftenbach, Telefon 052 315 23 02, E-Mail: cornelia.amacker@bluewin.ch (bitte Name, Vorname, Adresse und Anzahl Personen angeben). Anmeldeschluss: Samstag, 8. November 2008.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Vorankündigung: Donnerstag, 12. März 2009, Stadt Winterthur, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Winterthur zusammen mit **SIFA – Sicherheit für alle** (http://www.sifa-schweiz.ch, http://svpfrauen.ch), Veranstaltung.

Vorankündigung: Montag, 11. Mai 2009, im Bezirk Meilen, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Bezirk Meilen, Veranstaltung mit der Verkehrskommission der SVP Kanton Zürich.

Donnerstag, 30. Oktober 2008, 18.00 Uhr (1. Carfahrt) oder Donnerstag, 13. November 2008 (2. Carfahrt/Weihnachtsessen), zu Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, ins wunderschöne Toggenburg (Weihnachtsanlass) mit Abendessen im Landgasthof Sonne, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch).
18.00 Uhr Besammlung auf dem Carparkplatz Sihlquai, Zürich.
18.15 Uhr Abfahrt.
18.40 Uhr Abfahrt Dübendorf (Zwischenhalt auf Chilbiplatz bei Stadtpolizei/Post 1).
Zwischen 22.00 und 23.00 Uhr Rückfahrt. Originelles Toggenburger Nachtessen mit «Appenzeller»-Apéro: «Chäshörnli und Südwurscht mit Toggenburger Schlorzifladen». Kosten Essen pro Person: 32 Franken, exkl. Getränke. Kosten Carfahrt pro Person: 40 Franken, exkl. Essen und Getränke. Teilnehmerzahl: Jeweils max. 100 Personen (2 Cars). SVP-Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Nationalrat Toni Brunner wird Sie bei der Carfahrt ab Zürich begleiten. Anmeldung erforderlich an Jacqueline Hofer, Telefon 044 820 20 90, Fax 044 820 20 85 oder E-Mail: info@jhofer.ch mit folgenden Angaben: 1. oder 2. Carfahrt, Eintrittsort.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 20. November 2008, 19.30 Uhr, Restaurant KEK (Säli), Küsnacht, Parteiversammlung mit anschliessender politischer Standortbestimmung durch Nationalrat Hans Fehr.

«Schweizerzeit»
Samstag, 1. November 2008, 10.15–16.00 Uhr, Hotel Hilton, Hohenbühlstrasse 10, Zürich Flughafen, «Schweizerzeit»-Herbsttagung. Referent: Dr. Bruno Bandulet, Publizist, Spezialist in Goldfragen, Bad Kissingen (D). Thema «Die Finanzmarkt-Krise und die Zukunft des Goldes». Am Nachmittag Podiumsgespräch. Teilnehmer: Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil ZH und Nationalrat Luzi Stamm, Dättwil-Baden AG. Teilnahmekosten: 40 Franken pro Person (ohne Mittagessen) oder 90 Franken pro Person (mit Mittagessen). Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 200 beschränkt. Die Berücksichtigung erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Zahlungen für die angemeldeten Teilnehmer. Anmeldung bis spätestens, Mittwoch, 29. Oktober 2008 an «Schweizerzeit», Postfach 23, 8416 Flaach, Telefon 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03 oder E-Mail: baechtold@schweizerzeit.ch. Bitte um Angabe Anzahl Personen und mit/ohne Mittagessen.

Stiftung Eltern sein
Montag, 10. November 2008, 19.30 Uhr, Plenarsaal der Eulachpassage der ZHAW, Technikumstrasse 71 (5 Minuten vom Bahnhof Winterthur), öffentliche Diskussion zum Thema «HarmoS: Chance oder Gefahr für die Schule?». Pro: Nationalrat Ruedi Noser, FDP, Unternehmer, Lilo Lätzsch, Präsidentin ZLV. Contra: a. Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, SVP Zürich sowie Kantonsrat Matthias Hauser, Lehrer, SVP. Moderation: Peter Haerle, Publizist.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Vortrag «Wohlbefinden im Alter»
Montag, 1. Dezember 2008, 14.00–16.00 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich (Tram 8 oder Bus 32 bis Helvetiaplatz). Themen: Stadtrat Robert Neukomm: **Lachen ist gesund**. Prof. Dr. Brigitte Boothe, Psychologisches Institut Universität Zürich: **Findet mich das Glück?** Pello, Clown und Humorberater: **Humor als Schwimmring auf dem Strom des Alltags**. Der Eintritt ist gratis.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80-1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP

SVP Bonstetten und SVP Bezirk Affoltern

HarmoS ist nicht Harmlos

Einladung zur kontradiktorischen Veranstaltung in Bonstetten.

Donnerstag, 30. Oktober, 20.00 Uhr

im ref. Kirchgemeindehaus in Bonstetten vis-à-vis ref. Kirche

Referenten:
Matthias Hauser, Kantonsrat SVP
Dr. Gerhard Pfister, Nationalrat CVP

Moderation: *Martin Platter*

Um den Durst zu löschen und für den kleinen Hunger ist gesorgt.

Nutzen Sie die Chance, Pro und Kontra von HarmoS zu erfahren!

SVP-Politlunch

Einladung zum SVP-Politlunch

Donnerstag, 6. November 2008, 12.15 Uhr
Restaurant Bahnhof, Henggart

mit Erich Gräub, *Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht*

Sozialwerke:

Belastung und Missbrauchsbekämpfung

Programm:
12.15 – 13.15 Uhr: Mittagessen (auf Kosten der Teilnehmer)
13.15 Uhr: Referat
13.45 Uhr: Diskussion
14.15 Uhr: Ende

Die SVP lädt auch im neuen Jahr wieder zum Politlunch
(Jeweils von 12.15 – 14.15 Uhr)
7. Januar 2009: Oberstammheim, Restaurant Obstgarten
4. März 2009 2. Sept. 2009
6. Mai 2009 4. Nov. 2009
1. Juli 2009

Wir machen Politik fürs Weinland
www.svp-bezirk-andelfingen.ch

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
SVP Bezirk Andelfingen